

# Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

## Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

2·16

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36  
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59  
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



*Wir leben in postfaktischen Zeiten (siehe S. 2), die Redaktion des Mandantenbriefes hat sich aber noch nicht umgestellt: Es folgen knallharte Tatsachen, neue Urteile und Gesetze – alles nachprüfbar!*

**Neues aus Italien**  
**Wörterbuch der**  
**unübersetzbaren Wörter**  
**Vertriebsrecht**

Seite 2

**Neues aus Deutschland**  
**Wettbewerbsrecht**

Seite 4

**Immobilienseite**

Seite 6

**Informationen für Kollegen**

Seite 8

**Gesellschaftsrecht**  
**Über das Nach Uns**  
**Neues von Dolce · Lauda**

Seite 10

**Erbrecht**  
**Arbeitsrecht**

Seite 12

**Transport und Versicherung**  
**Neues aus Europa**

Seite 14

*Viviamo in tempi post fattuali, la redazione della Newsletter non si è però ancora adeguata (vedi pag. 3): seguono fatti nudi e crudi, nuove sentenze e nuove leggi, tutto verificabile!*

**Ultime dall'Italia**  
**Dizionario delle**  
**parole intraducibili**  
**Distribuzione**

Pagina 3

**Ultime dalla Germania**  
**Concorrenza**

Pagina 5

**Pagina immobiliare**

Pagina 7

**Informazioni per colleghi**

Pagina 9

**Ultime da Dolce · Lauda**  
**Diritto societario**  
**Dopo di noi**

Pagina 11

**Diritto delle successioni**  
**Diritto del lavoro**

Pagina 13

**Trasporto e danno**  
**Ultime dall'Europa**

Pagina 15



EuGh: Vorlagepflichtiges Schwimmbad (S. 8)  
Piscina rimettibile alla Corte (Pag. 9)

## NEUES AUS ITALIEN

### Verfassungsreform gescheitert

In dem Referendum vom 4.12.2016 haben die italienischen Wahlberechtigten die sogenannte Legge Boschi abgelehnt, nach der das italienische Zweikammersystem reformiert werden sollte. Während nach französischem Vorbild Senat und Abgeordnetenhaus („Camera“) die Gesetze der Republik gleichberechtigt erörtern und beschließen müssen, sollte nach deutschem Vorbild ein einziges Parlament („Camera“) eingeführt werden, der Senat sollte, ähnlich dem deutschen Bundesrat, hauptsächlich die Interessen der Regionen vertreten.

Die Ablehnungsfront war sehr heterogen; einige wollten es beim status quo belassen, viele gingen die Reformen nicht weit genug.

### G8 in Genua, Juli 2001

Apropos überlange Prozessdauer: Die älteren Leser werden sich an die Ereignisse rund um den von der Regierung Berlusconi veranstalteten G8-Gipfel in Genua erinnern, in dessen Verlauf Demonstranten von der italienischen Polizei eingesperrt und misshandelt wurden. Strafrechtliche Verurteilungen sind bereits ergangen.

Nun hat das Landgericht Genua mit Urteil vom 7.10.2016 (3014/16) die italienischen Ministerien des Inneren, der Verteidigung und der Justiz verurteilt, einer Demonstrantin (die von Herrn Rechtsanwalt Carlo Malossi aus unserer Kanzlei vertreten wurde) einen immateriellen Schadensersatz von ca. 200.000 Euro zu zahlen, einschließlich der im strafrechtlichen Verfahren gewährten Wiedergutmachung. Die Demonstrantin wurde drei Tage lang von der Polizei in lagerähnlichen Verhältnissen festgehalten und misshandelt. CM

### Entschädigung für Prozesse mit überlanger Dauer - Neue Formulare

Das Thema der angemessenen Prozessdauer ist in Italien leider nach wie vor aktuell, nachdem auch die Entschädigungsverfahren gemäß der sogenannten „Legge Pinto“ Jahre dauern. Wird dann eine gerichtliche Entschädigung endlich gewährt, ist der Kläger noch lange nicht am Ziel, da das italienische Justizministerium – jedenfalls nach unserer Erfahrung – dann immer noch nicht zahlt und auf den Verwaltungsrechtsweg verweist. Nach dem die Zahlungsverpflichtung auf die Oberlandesgerichte übergegangen ist, können wir berichten, dass das Oberlandesgericht Rom immerhin innerhalb von fünf Monaten gezahlt hat, zumindest einen Teilbetrag. In dem italienischen Staatsanzeiger vom 4.11.2016 (Nr. 258) sind neue Formulare für die Entschädigungsanträge veröffentlicht worden. Wir hoffen, dass dadurch auch die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. AC



Vereinigte Kammern / Sezioni Unite Legge Pinto

## WÖRTERBUCH DER UNÜBERSETZBAREN WÖRTER

# Postfaktisch

Ursprünglich als „post truth“ in den USA entstanden und durch die britische Wörterbuchreihe Oxford Dictionaries zum internationalen Wort des Jahres erklärt, hat es in Deutschland durch die Kommentierung von Bundeskanzlerin Merkel zur verlorenen Berlinwahl endgültige Verbreitung gefunden; es ist heute in aller Munde. Es könnte es als postfaktuale übersetzt werden. Wörtlich sagte die Kanzlerin: „Es heißt ja neuerdings, wir lebten in postfaktischen Zeiten. Das soll wohl heißen, die Menschen interessieren sich nicht mehr für Fakten, sie folgen allein den Gefühlen.“

Den Juristen stellt der Begriff vor großen neuen Herausforderungen. Insbesondere wird der moderne Richter von der Verpflichtung befreit, Tatsachen zu ermitteln. Aber welche Messmethoden werden zur Gefühlsermittlung forensisch zugelassen werden? Wie wird eine zukünftige Beweisaufnahme aussehen? Wird sie vom Psychologen und Seelsorger bestimmt? Wird das Gericht in Zukunft noch bewusst die Gefühle der Parteien verletzen dürfen?

Die Redaktion des Mandantenbriefs stellt sich gegen den Trend der Zeit und wünscht sich eine Rückkehr in das faktische Zeitalter. Sollte es dann schnell zu einem historischen Begriff werden, könnte die Frage der Übersetzung auch obsolet werden. Italienische Medien lieben es auch, aktuelle deutsche Begriffe im Original zu übernehmen, über Kindergarten und Hinterland hinaus. Wir warten es ab.

## VERTRIEBSRECHT

### Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters: Definition des Neukunden

Der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters nach der europäischen Handelsvertreterrichtlinie (EWG 653/86, Art. 17) ist sowohl in Deutschland (§ 89b HGB) wie in Italien (Art 1751 cc) seit vielen Jahren umgesetzt worden. Danach steht dem Handelsvertreter u.a. ein Ausgleichsanspruch zu, wenn er „neue Kunden“ geworben hat.

Eine bedeutende Entscheidung zum Begriff des „neuen Kunden“ hat der EuGH am 7.4.2016 (C-315/14) getroffen: Danach gelten als neue Kunden im Sinne der Richtlinie (und damit auch nach deutschem und italienischem Recht), wenn die Kunden bereits wegen anderer Waren Geschäftsverbindungen mit dem Unternehmer unterhielten.

### Ausgleichsanspruch nicht als Vorauszahlung

Dieses Thema scheint längst entschieden, beschäftigt aber immer wieder die Gerichte: Eine Vertragsbestimmung in einem Handelsvertretervertrag, wonach ein Teil der dem Handelsvertreter lau-

fend zu zahlende Vergütung auf den künftigen Ausgleichsanspruch angerechnet werden soll, verstößt im Zweifel gegen zwingendes Recht (§ 89 b HGB) und ist daher nichtig. Dies hat der BGH (Urt. V. 14.07.2016) wieder entschieden; theoretisch könnte eine solche Vereinbarung nur wirksam sein, wenn bewiesen werden könnte, dass die Parteien in jedem Fall eine niedrigere Provision vereinbart hätten, also ohne den für den Ausgleichsanspruch gedachten Zusatz. Ein solcher Beweis wird in der Regel nicht zu führen sein.

### Zum Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters nach AEC und codice civile

Der italienische Kassationshof hat erneut bestätigt (Urteil Nr. 486/16), dass die Vorteilhaftigkeit einer Berechnung des Ausgleichsanspruchs nach den anwendbaren Tarifverträgen (AEC) im Vergleich zu der gesetzlichen Bestimmung (Art. 1751. codice civile) auf der Grundlage einer ex post Betrachtung zu würdigen ist. Das oberste Gericht hat auch verneint, dass die europäische Handelsvertreterrichtlinie eine

analytische Berechnung aufzwingt, diese erlaube im Gegenteil auch andere Berechnungsmethoden, die sich auf Billigkeitskriterium stützen.

### Haftung für Zulieferer?

Nach einer Meldung des Westdeutschen Rundfunks hat das Landgericht Dortmund den Opfern aus dem Brand einer pakistanischen Textilfabrik, die für das Unternehmen Kik aus Bönen produzierte, Prozesskostenhilfe gewährt. Das Gericht wird nun nach pakistanischen Gesetzen klären müssen, ob Kik Sorgfaltspflichten verletzt hat.

Das Verfahren reiht sich in eine aktuelle Diskussion über die Verantwortung große Unternehmen für ihre Auftragnehmer in Ländern mit einem niedrigeren Arbeitnehmer-Schutzniveau ein, so die Verantwortung der FIFA für die bedauerlichen Arbeitsbedingungen in Qatar. Es ist nicht auszuschließen, dass in Deutschland oder in Italien beispielsweise für börsennotierte Unternehmen sanktionierte Überwachungspflichten eingeführt werden können.

## ULTIME DALL'ITALIA

### Riforma costituzionale bocciata

Nel Referendum del 4.12.2016 gli elettori italiani hanno bocciato la cosiddetta Legge Boschi, secondo la quale il sistema bicamerale italiano avrebbe dovuto essere riformato. Mentre secondo il modello francese Camera e Senato discutono e decidono le leggi della Repubblica su un piano paritario, avrebbe dovuto essere introdotto, secondo il modello tedesco, un unico parlamento (Camera); il Senato, similmente al Bundesrat tedesco, avrebbe invece dovuto rappresentare gli interessi delle Regioni.

Il fronte dei contrari era molto eterogeneo; alcuni volevano semplicemente conservare lo status quo, molti ritenevano le riforme non sufficienti.

### Risarcimento per processi con eccessiva durata - Nuovi formulari

Il tema della durata ragionevole del processo è purtroppo ancora attuale in Italia, gli stessi procedimenti ai sensi della legge Pinto per ottenere un decreto di liquidazione dell'equo indennizzo durano alcuni anni, come se ciò non bastasse, il ministero della Giustizia per nostra esperienza non adempie spontaneamente alle decisioni, bensì costringe il malcapitato a perseguire tramite ulteriori procedimenti giudiziari, quali il giudizio amministrativo di ottemperanza, la soddisfazione del proprio diritto. Possiamo riferire che a seguito della presentazione di una richiesta di pagamento ai sensi della legge di stabilità, la Corte di appello di Roma ha impiegato circa cinque mesi per effettuare il pagamento, seppur incompleto. Ora che sono stati pubblicati sulla Gazzetta Ufficiale (n. 258 del 04.11.2016) i modelli ufficiali per presentare le richieste di pagamento, speriamo che i tempi si accorcino.

### G8 in Genova Luglio 2001

A proposito di durata del processo. I lettori più anziani si ricorderanno gli avvenimenti del vertice G8 di Genova organizzato dal governo Berlusconi e durante il quale alcuni dimostranti sono stati incarcerati e maltrattati dalla Polizia italiana. Sentenze penali sono già state emesse.

Adesso il Tribunale di Genova con sentenza del 7.10.2016 n. 3014/2016 ha condannato il Ministero dell'Interno, della Difesa e della Giustizia italiani al pagamento di un risarcimento del danno immateriale di ca. Euro 200.000,00, comprensivo di quanto già ricevuto in sede penale, per una dimostrante (difesa dall'Avv. Carlo Malossi del nostro studio) La dimostrante era stata arrestata e per tre giorni maltrattata dalla polizia in condizioni simile a quelle di un lager.



Faktische Kanzlerin / Cancelliera di fatto

## DIZIONARIO DELLE PAROLE INTRADUCIBILI

# Postfaktisch

Sorta originariamente negli USA come "post truth" e nominata dalla collana di dizionari inglesi Oxford Dictionaries come parola internazionale dell'anno, ha ottenuto definitiva diffusione in Germania in seguito al commento della cancelliera Merkel in occasione delle elezioni perse a Berlino, ed è oggi sulla bocca di tutti. Potrebbe venir tradotta con "postfattuale". La cancelliera ha detto esattamente: Come si vuol dire ultimamente, noi viviamo in tempi postfattuali. Il che vorrebbe dire, che la gente non si interessa più ai fatti, ma segue solo i sentimenti.

Tale concetto pone i giuristi davanti a grandi nuove sfide. In particolare il giudice moderno verrà esonerato dall'obbligo di indagare sui fatti. Ma quali metodi di misurazione saranno ammessi in giudizio per l'indagine sui sentimenti? Come sarà espletata la futura escussione di prova? Sarà essa determinata da psicologi e guide spirituali? Potrà il tribunale in futuro violare ancora coscientemente i sentimenti delle parti?

La redazione della Lettera ai Clienti si pone contro tale tendenza e si augura un ritorno al periodo "fattuale". Tramutandosi velocemente in un termine storico, potrebbe diventare obsoleta la questione della traduzione. Ai media italiani piace anche riportare in madrelingua termini tedeschi, da Kindergarten a Hinterland. Attendiamo di vedere cosa succede.

## DISTRIBUZIONE

### L'indennità di fine rapporto dell'agente di commercio: definizione di "nuovo cliente"

Il diritto all'indennità di fine rapporto dell'agente di commercio ai sensi della direttiva europea (art. 17 653/86 CEE) è stato recepito da molti anni sia in Germania (§ 89b HGB) che in Italia (art. 1751 c.c.). Sulla base di tale disposizione all'agente di commercio spetta l'indennità di fine rapporto, qualora -inter alias- abbia procurato "nuovi clienti". La Corte di Giustizia dell'Unione Europea ha emesso in data 07.04.2016 (C-315/14) una rilevante decisione in merito, sancendo che quali "nuovi clienti" ai sensi della direttiva (e quindi anche secondo la legge tedesca e italiana) possono intendersi anche clienti che avevano già rapporti commerciali con il preponente in riferimento ad altri prodotti ed erano pertanto già noti, qualora l'agente abbia contribuito ad uno sviluppo qualitativo del rapporto commerciale.

### Indennità di fine rapporto anticipata

Tale questione pareva essere ampiamente superata, tuttavia torna nuovamente ad occupare i giudi-

ci tedeschi. La clausola contenuta in un contratto di agenzia commerciale, per cui una parte della remunerazione corrente spettante all'agente - in forma provvisoria - debba essere computata con l'eventuale indennità di fine rapporto futura, è in contrasto - salvo prova contraria - con le disposizioni inderogabili (§ 89b HGB) ed è pertanto nulla. Tale principio è stato ribadito dalla Corte Federale tedesca con sentenza del 14.07.2016: teoricamente una simile clausola potrebbe essere valida, qualora si riesca a dimostrare che le parti avrebbero pattuito in ogni caso una provvigione inferiore, anche senza la parte remunerativa computabile ai fini dell'indennità di fine rapporto. Tale onere probatorio potrà tuttavia difficilmente essere soddisfatto nella prassi.

### Sull'indennità di fine rapporto dell'agente tra codice civile e AEC

La Cassazione ha confermato ancora una volta (sentenza 486/16) che la valutazione sulla convenienza o meno degli AEC rispetto all'art. 1751 c.c. va fatta sulla base di un giudizio in concreto ex post.

Gli ermellini hanno anche rilevato che ai fini della quantificazione la direttiva europea non impone un calcolo analitico, bensì consente l'uso di metodi sintetici che avvalorino il criterio dell'equità.

### Responsabilità per i subfornitori?

Stando a quanto riferito dall'emittente tedesco WDR, il Tribunale di Dortmund ha concesso il sussidio per le spese processuali alle vittime dell'incendio della fabbrica tessile in Pakistan che produceva per l'azienda tedesca Kik. Il Tribunale dovrà ora accertare, se Kik abbia violato degli obblighi di diligenza ai sensi della legge pachistana.

Tale procedimento si inserisce nell'attuale discussione in merito alla responsabilità di aziende di grandi dimensioni per i propri commissionari in paesi con carente tutela dei lavoratori, come la questione della FIFA per le deprecabili condizioni lavorative in Qatar. Non è da escludere, ad esempio, che in Germania o in Italia possano essere introdotti obblighi di sorveglianza sanzionabili per società quotate in borsa.

## NEUES AUS DEUTSCHLAND

### Zeitungen im Roboterauto

Nach einem Entwurf des Bundesverkehrsministeriums sollen selbstfahrende Autos zugelassen werden. Nach §1b StVG des Entwurfes darf der Fahrzeugführer beim autonomen Fahren sich vom Verkehrsgeschehen und der Fahrzeugsteuerung abwenden, er muss aber wahrnehmungsbereit bleiben, um gegebenenfalls die Kontrolle über das Fahrzeug wieder an sich nehmen zu können. Eine Blackbox soll sämtliche Daten der Fahrt aufzeichnen, um im Falle eines Unfalles die Haftung klären zu können.

### Drum prüfe wer sich ewig bindet

In Deutschland erfreuen sich Partnerschaftsvermittlungsportale im Internet eines stetig wachsenden Zuspruchs. Die Suche nach dem Partner im Netz löst die klassische Brautschau am Studienplatz, Arbeitsplatz, Volksfest, etc. ab.

Dafür, dass die Vermittlungsbörse selbst nicht zum langfristigen Partner wird, hat der BGH mit dem Urteil vom 14. Juli 2016 (III ZR 387/15) gesorgt. Um in die Partnerschaftsvermittlung „Elitepartner.de“ aufgenommen zu werden, reichte ein einfacher Internet-Click. Für die Kündigung aber verlangte der Elitepartner eine eigenhändig unterschriebene schriftliche Erklärung, die elektronische Form war ausgeschlossen. Das ist für den BGH unzulässig, wobei sich die Rechtsfrage ab dem 1.10.2016 in Deutschland nicht mehr stellen wird. Dann wird die Kündigung von Internetverträgen insgesamt leichter möglich sein. Nach § 309 Nr. 13 BGB wird für eine Kündigung von Internetverträgen in jedem Fall die Textform nach § 126 b BGB ausreichen, also auch via Fax oder E-mail.

### Drum prüfe man seine Telefonrechnung – WAP-Billing-Fallen

Wer mit seinem Smartphone häufig einkauft und jeden Monat seine Telefonrechnung prüft, wird hoffentlich alle Unternehmen, die dort genannt sind und an der Abbuchung teilnehmen, auch kennen. Eine beliebte Art, allein über die Mobilfunknummer einzukaufen, ist das sogenannte WAP (Wireless Application Protocol)-Billing. Leider wird es aber auch viel von Kriminellen genutzt. Da die Bezahlung sofort erfolgt, sind sich viele Nutzer oft gar nicht bewusst,

dass sie gerade etwas gekauft haben. Häufig werden dann aus Versehen Abos bestellt, die monatlich Geld über ihre Mobilfunkrechnung abbuchen.

Mit der sogenannten WAP-Billing-Falle beschäftigen sich *Gassner* und *Strömer* in einem ausführlichen Beitrag in NJW 2016, 2529 ff. Sie raten demjenigen, der in eine sogenannte WAP-Billing Falle hineingetaucht ist und „fremde“ Abbuchungen in seiner Telefonrechnung bemerkt, sich nicht an das abbuchende Unternehmen zu wenden – es könnte sich um Cyberkriminelle handeln und man könnte weitere Daten preisgeben – sondern innerhalb von acht Wochen beim Mobilfunkanbieter die Abbuchung zu widerrufen und eine sogenannte Drittanbietersperre gem. § 45 d III TKG zu beantragen. Eine solche Sperre könnte man auch vorsorglich beantragen, auch ohne konkreten Anlass, insbesondere dann, wenn man ohnehin mit dem Smartphone nichts über das WAP Billing einkaufen möchte.

### Schließlich prüfe man auch seinen Leasingvertrag

In Deutschland werden die Leasingverträge oft unbefristet geschlossen; es liegt dann am Leasingnehmer, zum Ende der Amortisationszeit den Vertrag zu kündigen und das Leasinggut zu dem vereinbarten (oft symbolischen) Restwert zu übernehmen. Verpasst der Leasingnehmer diese Kündigungsfrist, fallen weitere Leasingraten an, die wirtschaftlich auch zu einer Überzahlung des Leasinggutes führen können.

Ein Leasingnehmer, der die Kündigungsfrist versäumt hatte, klagte gegen die Leasingbank auf Rückzahlung wegen ungerechtfertigter Bereicherung. Das OLG Düsseldorf (16.02.2016, I 24 U 78/15) gab ihm nicht Recht: Auch im Wege der Auslegung sei dem Leasingvertrag keine obere Begrenzung der Vertragsdauer auf den Zeitpunkt der Vollamortisation zu entnehmen, die Überwachung des Vertragsablaufs sei allein Sache des Leasingnehmers, insbesondere wenn es sich um ein B2B-Geschäft handele. Also, in jedem Fall als Leasingnehmer die Verträge vorsorglich kündigen.

### 1400 Klagen gegen VW und Porsche

So viele Klagen von Anlegern sind mittlerweile beim Landgericht Braunschweig wegen der Manipulati-

onsaffäre eingegangen, der Gesamtstreitwert soll 8,2 Milliarden Euro betragen. Führender Anlegeranwalt in Deutschland ist Andreas Tilp, der hierüber auch eine informative Homepage betreibt ([www.tilp.de](http://www.tilp.de)).

### Digitalisierung des Steuerbescheids

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens (BGBl I 2016, 1679) zieht Deutschland mit der in den anderen Ländern, so auch in Italien, längst üblichen Digitalisierung des Verkehrs mit dem Finanzamt nach. Die Steuererklärung erfolgt in Zukunft papierlos online und ist weitestgehend automatisiert. Künftig wird auf Belege komplett verzichtet werden. Spendenbescheinigungen sollen beispielsweise künftig nur noch auf Anfrage des Finanzamts mitgeschickt werden. Die Einreichung dieser Belege soll elektronisch möglich sein. Aufbewahrt werden müssen die Belege aber weiterhin. Einfache Steuerbescheide werden künftig vollautomatisiert ergehen.

### Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

Mit Beschluss der Mindestlohnkommission und der darauf ergangenen Mindestlohnanpassungsverordnung gilt ab dem 1.1.2017 in Deutschland ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von brutto 8,84 Euro pro Stunde.

### Zahlungen in die Sozialkasse im Baugewerbe ohne Rechtsgrund

Das Bundesarbeitsgericht hat in zwei Beschlüssen vom 21. September 2016 (10 ABR 33/15 und 10 ABR 48/15) mehrere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen des Tarifvertrages über das Sozialkassenverfahren im Baugewerbe (VTV-Bau) für rechtsunwirksam erklärt. Italienische Unternehmen, die Beiträge in die Urlaubskasse gezahlt haben – obwohl sie bereits sämtliche Sozialversicherungsleistungen in Italien entrichten – haben jetzt die Möglichkeit, Beiträge zurückzufordern. Folgende SOKA-Bau Tarifverträge sind für die folgenden Zeiträume nicht rechtswirksam allgemeinverbindlich erklärt worden:

- Oktober 2007 bis Dezember 2011 und
- Januar 2014 bis Dezember 2014.

Mögliche Rückforderungen können sich nur auf diese Zeiträume beziehen.

## WETTBEWERBSRECHT

### Bauhausmöbel

Italien gilt international als Heimatstaat des guten Designs, es mag daher wundern, dass das italienische Recht nicht über ein hohes Schutzniveau verfügt. Bekannte Bauhausmöbel, beispielsweise von Ludwig Mies van der Rohe oder von Marcel Breuer, können bislang sorglos in Italien kopiert werden. Deutsche Unternehmen haben sich darauf spezialisiert, für den Kauf der Plagiate in Italien zu werben, wobei die Verletzung des Urheberrechts spätestens bei Grenzüberschritt dem Kunden freigestellt wird. Das Geschäftsmodell ist klar: Wir verkaufen in Italien und verletzen kein deutsches Recht.

Dem hat jetzt der BGH (5.11.2015, I ZR 91/11), mit Rückendeckung durch den EuGH (13. Mai 2015 (C-516/13)), einen Riegel vorgeschoben. Der EuGH stellte auf Vorlage des BGH fest, dass Angebot und Werbung – die in Deutschland erfolgten – als eine dem Zustandekommen des Kaufgeschäfts vorgelagerte Handlung gelten und es für eine unzulässige Verbreitungshandlung ausreichte, dass diese Maßnahmen zum Erwerb anregen. Der BGH hat dementsprechend den Klagen der Inhaber des Urheberrechts stattgegeben und die Werbung der Beklagten auf ihrer deutschsprachigen Internetseite sowie in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften untersagt.



Perfect Design

## ULTIME DALLA GERMANIA

### La vettura marcia da sola ..e il conducente legge il giornale

Il Ministero dei trasporti tedesco propone l'introduzione delle vetture in grado di guidare da sole. Di conseguenza, in base al paragrafo 1b del codice della strada tedesco, come modificato dalla nuova proposta di legge, il conducente della vettura può distogliere la guida della vettura in transito, ma deve comunque rimanere attento e pronto a riprendere in ogni momento il controllo sulla macchina. La black-box dovrebbe inoltre registrare tutti i dati, in modo da potere poi fornire elementi utili per la definizione di eventuali responsabilità in caso di sinistro.

### Provi ognuno che si lega in eterno<sup>1</sup>

In Germania le agenzie matrimoniali online hanno sempre più successo. La ricerca di un partner in rete sta man mano sostituendo i classici metodi di incontro all'università, sul posto di lavoro o alle feste.

La Corte federale tedesca è intervenuta di recente con sentenza del 14. Luglio 2016 (III ZR 387/15) affinché l'agenzia matrimoniale non diventi essa stessa un partner a lungo termine.

Così fino a poco tempo fa, per diventare membro dell'agenzia online "Elitepartner.de" era sufficiente un semplice click, mentre la disdetta richiedeva una lettera scritta e firmata, non essendo ammessa la disdetta online o con posta elettronica. La corte federale tedesca ha ritenuto inammissibile tale limite alla disdetta. Tuttavia, va anche evidenziato che a partire dall'1.10.2016 tale problema non è più di rilievo in Germania, dato che la disdetta di contratti online è stata resa ora più semplice. Ai sensi del § 309 Nr. 13 BGB è ora sufficiente ai fini della disdetta che venga rispettata la cosiddetta "Textform" (testo semplice, § 126 b BGB) rendendo così ammissibile la disdetta via fax o E-mail.

### ... verificate la vostra bolletta del telefono: la trappola del WAP-Billing

Chi è abituato ad effettuare diverse transazioni commerciali online, dovrebbe verificare ogni mese la propria bolletta telefonica. Un metodo di pagamento molto en vogue è il cosiddetto pagamento WAP (Wireless Application Protocol)-Billing tramite l'utilizzo del numero del proprio cellulare, ma non solo. Purtroppo ultimamente si è riscontrato che tale metodo di pagamento viene spesso utilizzato anche da criminali,

tanto più che molti utenti non sono consapevoli del fatto che con il pagamento immediato spesso non ci si rende conto di avere effettuato una transazione commerciale o concluso un abbonamento.

Gassner e Strömer si sono occupati ora della cd. Trappola WAP-Billing in un esteso intervento riportato sulla NJW 2016, pagg. 2529 ss. Nel caso in cui si noti sulla propria bolletta delle transazioni non autorizzate, i due autori consigliano di non rivolgersi direttamente alla società che ha effettuato il prelevamento, dato che potrebbe trattarsi per l'appunto di una trappola che permette ai criminali di venire in possesso di ulteriori dati personali. Più sicura invece la richiesta da effettuarsi entro 8 settimane direttamente al provider telefonico di stornare il prelevamento nonché il blocco di accesso da parte di terzi operatori ai sensi del § 45 d III TKG. Tale blocco può essere richiesto anche preventivamente, senza alcun specifico motivo, se non si intende acquistare in ogni caso tramite il WAP Billing.

### ... e controllate anche il vostro contratto di leasing

In Germania i contratti di leasing vengono spesso conclusi a tempo indeterminato. Compete allora al locatario di provvedere alla disdetta del contratto alla fine della fase di ammortamento e rilevare il bene in leasing per un importo (spesso simbolico). Se egli non provvede in tal senso, sorgono altre rate che potrebbero portare addirittura al pagamento di un prezzo più alto rispetto al valore del bene.

È quello che è successo ad un locatario, il quale non aveva provveduto a rispettare il termine di disdetta. La sua azione contro la banca di leasing basata sull'arricchimento senza causa non ha avuto tuttavia successo. La Corte di Appello di Düsseldorf (16.02.2016, I 24 U 78/15) gli ha dato torto, sostenendo che al contratto di leasing non trova applicazione un tetto massimo di durata relativo all'ammortamento totale. La verifica dell'andamento del contratto e della rateizzazione costituisce obbligo del locatario, in particolare nei rapporti B2B. Si consiglia dunque sempre di monitorare il contratto e disdettare per tempo.

### 1400 cause contro VW e Porsche

Nello scandalo delle manipolazioni, il Tribunale di Braunschweig è chiamato ora a pronunciarsi su ben 1400 citazioni per un valore complessivo Euro 8,2 miliardi. L'avvocato che segue gli attori prin-

cipali è il RA Andreas Tilp, il quale mette a disposizione varie informazioni utili sul proprio sito ([www.tilp.de](http://www.tilp.de)).

### Arriva la digitalizzazione nel settore delle imposte

Con la legge sulla modernizzazione della procedura di imposizione fiscale (Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens, BGBl I 2016, 1679) la Germania si allinea alla prassi ormai presente anche in molte altre nazioni, tra cui anche l'Italia, di digitalizzazione della comunicazione con l'agenzia delle entrate. In futuro la dichiarazione dei redditi verrà depositata telematicamente e sarà altamente automatizzata, inoltre non sarà più necessario presentare le quietanze. Così ad esempio, le quietanze per donazioni dovranno essere inoltrate in via telematica, su richiesta dell'ufficio delle entrate. Permane tuttavia l'obbligo di conservare la documentazione. Gli avvisi semplici sulle imposte saranno a loro volta automatizzati.

### Aumento del salario minimo legale

Con decisione della Commissione sul salario minimo e il successivo regolamento sull'adeguamento del salario minimo dal 1.1.2017 vige un salario minimo unitario per legge pari a 8,84 Euro l'ora.

### Pagamenti nella cassa sociale edilizia senza giusta causa

La Corte Federale del Lavoro in due ordinanze del 21 settembre 2016 (10 ABR 33/15 e 10 ABR 48/15) ha dichiarato l'inefficacia giuridica di più dichiarazioni di vincolatività del contratto collettivo riguardante la procedura delle casse sociali edili (VTV-Bau). Con ciò, imprese italiane che abbiano pagato nella Cassa Ferie i contributi - sebbene le stesse versino già in Italia le prestazioni complessive di assicurazione sociale - hanno ora la possibilità di richiedere indietro le somme versate. I seguenti contratti collettivi SOKA-Bau sono stati dichiarati giuridicamente non vincolanti per i seguenti periodi di tempo:

- da ottobre 2007 fino a dicembre 2011 e
- da gennaio 2014 fino a dicembre 2014.

Possibili richieste di restituzione possono riferirsi solo a tali periodi.

<sup>1</sup> Schiller, la canzone della campana, traduzione da "Poesie liriche Alemanne, per Giacomo Pederzani, Fascicolo II, Tipografia della Minerva, Brescia, 1842

## CONCORRENZA

### Mobili e tutela del design

L'Italia viene riconosciuta quale patria del design, per questo è sorprendente che la legge italiana non contempli una rigida protezione del design. Mobili di produttori conosciuti come Ludwig Mies van der Rohe o Marcel Breuer vengono plaggiati in Italia senza timore. Alcune imprese tedesche si sono specializzate nella promozione della vendita in Italia di tali plaggi, tenendo conto che nessuna viola-

zione di diritti può essere contestata al di fuori dai confini nazionali. Il modello di business è chiaro: le vendite avvengono in Italia e non sussiste alcuna violazione della legge tedesca.

Tale prassi è stata ora dichiarata illegittima dalla Corte Federale Tedesca (5.11.2015, R.G. I ZR 91/11), dopo la pronuncia della Corte di Giustizia dell'Unione Europea del 13 maggio 2015 (C-516/13). La Corte europea si è pronunciata sul rinvio pregiudiziale della Corte Federale tedesca ed ha accertato che

l'offerta e la promozione - circostanze verificatesi in Germania - costituiscono una condotta antistante della vendita e che ai fini di una fattispecie divinatoria illegittima è sufficiente che tali condotte rappresentino un incitamento all'acquisto. La Corte Federale tedesca ha conseguentemente accolto le domande dei titolari dei diritti d'autore ed ha inibito la pubblicità della convenuta nella propria pagina internet in lingua tedesca nonché in vari quotidiani e riviste.

## IMMOBILIENSEITE

### Italien: Registrierung des Mietvertrages und Nichtigkeit

Die unterlassene Registrierung der (nicht verlängerbaren) Frist von 30 Tagen nach Abschluss des Mietvertrages führt zu dessen Nichtigkeit. Dies hat das Landgericht Mailand (Urteil Nummer 6782 vom 15. Juni 2016) in Anwendung der neuen Regeln zum Mietrecht, die das Stabilitätsgesetz 2016 (Gesetz 208/2015) eingeführt hat, entschieden. Seit dem 1. Januar 2016 muss der Vermieter dafür sorgen, dass die Mietverträge innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung registriert werden, sonst droht die Nichtigkeit gemäß Art 13 des Gesetzes 431/1998, der vom Stabilitätsgesetz neu gefasst wurde.

Zweck der Vorschrift ist es, der Steuerhinterziehung zu begegnen und die Schwarzvermietungen zu verhindern. Neben der Registrierungspflicht muss der Vermieter innerhalb von weiteren 60 Tagen nach Registrierung dem Mieter und dem Hausverwalter die vorgeschriebene Dokumentation übergeben, damit die Hausverwaltung die vorgeschriebenen Meldungen bei der sogenannten „anagrafe condominiale“, einer besonderen Meldebehörde, gemäß Art 1130 Nr. 6 Italienisches ZGB vornehmen kann.

Darüber hinaus räumt der neue Art. 13 VI c 1 Gesetz 438/1998 dem Mieter bei unterlassener fristgerechter Registrierung das Recht ein, gegen den Vermieter bei dem zuständigen Gericht auf Feststellung zu klagen, dass zwischen den Parteien ein Mietvertrag zu einem Mietzins, der dem Mindestbetrag in Art. 2 des genannten Gesetzes entspricht, zustande gekommen ist.

Die Nichtigkeit des nicht fristgemäß registrierten Mietvertrages ist auch nicht durch eine spätere Registrierung heilbar.

Die Verpflichtung zur Registrierung und zur Zahlung der diesbezüglichen Gebühr trifft den Vermieter und darüber hinaus auch den Mieter und den Makler, wenn dieser die Vermietung vermittelt haben sollte.

### Italien: Hypothekenkredite, Banken und Immobilienbewertungen

Über die neuen Vorschriften, die die Vergabe von Hypothekenkrediten an Verbraucher regeln, (so genannter decreto mutui), haben wir schon in unserem vorausgegangenen Mandantenbrief Nr 40 berichtet.

Jetzt hat die italienische Staatsbank nach erfolgter öffentlicher Anhörung mit Rundschreiben Nummer 285 und 288 in Ausführung des Gesetzesdekret Nummer 72/2016, das die Richtlinie 72/2016 umgesetzt hat, nachgezogen. Die zwei Rundschreiben, die die Gewährung von Immobiliendarlehen an Verbraucher zum Inhalt haben, haben verschiedene Neuerungen auf dem Gebiet der Immobiliengarantien eingeführt.

In Bezug auf die Immobilienbewertungen sieht Art. 120 duodecies des Gesetzesdekretes 72/2016 vor, dass diese auf zuverlässige Standards beruhen und von kompetenten Personen ausgeführt werden müssen, die sowohl über eine entsprechende Ausbildung wie auch über eine Unabhängigkeit von der Darlehensgewährung verfügen müssen, damit sie eine unabhängige und objektive Bewertung gewährleisten können, die in Papierform oder in anderer Weise dauerhaft dokumentiert werden muss. Auf der Grund-

lage dieser gesetzlichen Vorgaben hat die italienische Staatsbank Regeln erlassen, die sich an Sachverständige richten.

So wird beispielsweise von den Sachverständigen verlangt, dass sie eine nachweisbare Erfahrung in der Bewertung von Immobilien haben, von einer Dauer von mindestens drei Jahre vor Erteilung des Auftrages, die durch diesbezügliche Dokumentation, die an die Bank übersandt werden muss, nachgewiesen werden muss. Darüber hinaus müssen sie weder mittelbar noch unmittelbar in irgendeine Tätigkeit, die mit dem Vertrieb des Darlehens in Zusammenhang steht, oder in irgendeiner Form in die Auszahlung des Darlehens seitens der Bank oder der Bankengruppe einbezogen worden sein.

Hinsichtlich der Bewertung von Immobilien, die Bankdarlehen sichern sollen, hat die italienische Staatsbank verfügt, dass das Gutachten nicht zu einer Bewertung führen darf, die über dem Marktpreis liegt.

Die Bewertung muss darüber hinaus in einem besonderen Gutachten enthalten sein, dem alle Unterlagen angelegt sein müssen, die für die Erstellung erforderlich waren. Für den Fall, dass ein externer Sachverständiger die Bewertung vorgenommen hat, hat die Bank das Recht, dieses Gutachten unmittelbar anzufordern. Schließlich ist nun vorgeschrieben, dass das Bewertungsgutachten von der Bank ordentlich aufzubewahren ist, in Papierform oder in einer anderen dauerhaften Form, für den gesamten Zeitraum der Kundenbeziehung und für weitere zehn Jahre darüber hinaus.

### Italien: Übereinstimmungserklärung und Haftung des Notars

Der Kassationshof hat mit Urteil vom 11. Oktober 2016, Nummer 20465, II. Zivilsektion, die Haftung des Notars festgestellt, wenn dieser Kaufverträge protokolliert, ohne dass die entsprechende Übereinstimmungserklärung mit den Katasterwerten, die zur Angabe des Ertragswerts des Grundstückes erforderlich ist und, die von Art. 29 Abs. 1 bis des Gesetzes 52/1985 vorgeschrieben ist, vorliegt. Die einfache Übereinstimmungserklärung mit der Planimetrie der Immobilie, die ihrerseits die Katasterwerte enthält, reicht hierfür nicht aus. Art. 28 Abs. 1 Nummer eins Notargesetz sieht als Rechtsfolge ausdrücklich die Nichtigkeit der Urkunde vor.

### Deutschland: Eigenschaftsangaben in einem Exposé nicht bindend

Ein Käufer wird häufig durch ein detailliertes Exposé eines Maklers oder durch Beschaffenheitsangaben des Verkäufers zum Kauf verleitet. Viele so vorvertraglich abgegebene Versprechungen erweisen sich nach dem Kauf als Luftnummern. Beispielsweise stimmen die Quadratmeterangaben für die gekaufte Wohnung nicht, sie ist viel kleiner als vom Verkäufer versprochen. Für den Käufer stellt sich dann auf die Frage wie und ob er den Kaufvertrag wieder rückabwickeln kann.

Anders als in Italien muss in Deutschland jeder Vertrag, der eine Immobilie betrifft, zu seiner Wirksamkeit notariell protokolliert werden. Auch ein „com-

promesso“, also ein schriftlicher Vorvertrag, ist im deutschen Recht nicht bindend.

Der notarielle Kaufvertrag enthält in der Regel abschließend alle Erklärungen der Parteien. Wird die vorvertraglich abgegebene Besprechung nicht beurkundet, gilt sie im Ergebnis als nicht abgegeben. Der BGH (Urteil vom 6.11.2015, V ZR 78/14) hält dieses Ergebnis für angemessen, da der Notar nach § 17 Beurkundungsgesetz eine Pflicht zur ausführlichen Belehrung und Beratung der Parteien bei der Beurkundung hat. Der Käufer wird in Deutschland daher darüber belehrt, dass nichts anderes - oder zusätzliches - gilt, als das, was in der Kaufvertragsurkunde steht.

Etwas anderes kann nur dann gelten, wenn der Verkäufer arglistig handelt und die Unrichtigkeit seiner Angaben positiv kannte. Ihm das zu beweisen, wird in der Praxis aber schwer sein.

### Italien: Das neue Rechtsinstitut des besitzlosen Pfandrechts

*Das Gesetzesdekret Nummer 59/2016 (jetzt Gesetz 119/2016, am 3.7.2016 in Kraft getreten) hat den dinglichen Rechten die neue Rechtsfigur des besitzlosen Pfandrechts hinzugefügt.*

*Es handelt sich dabei um eine neue dingliche Sicherheit für im Handelsregister eingetragene Unternehmen, die zur Sicherung ihrer Unternehmenskredite dient und die sie auf Güter, die der Ausübung und Führung des Unternehmens dienen, registrieren lassen können. Die Eintragung kann auf schon vorhandene, aber auch zukünftige Güter erfolgen, auf bestimmbare und auf noch unbestimmbare.*

*Im Unterschied zu dem allgemeinen Pfand, das die tatsächliche Übergabe des Sicherungsgutes voraussetzt und damit die Besitzaufgabe durch den Sicherungsgeber, kann im Rahmen des besitzlosen Pfandrechts das Sicherungsgut weiter beim Sicherungsgeber verbleiben und seiner wirtschaftlichen Funktion weiter dienen.*

*Dieses Institut soll die Finanzierung der Unternehmen erleichtern, in dem es eine Bestellung von Sicherheiten sowohl auf die Produktionsmittel wie auch auf die Waren erlaubt; es ermöglicht das sogenannte „revolving“, d.h., den Übergang der Sicherheit von dem Rohstoff bis zum Endprodukt, bis zum Erlös des Kaufpreises.*

*Die Besitzübergabe, die beim ordentlichen Pfand erforderlich ist, wird durch Eintragung in einem digital geführten Register „Registro dei pegni non possessori“ bei dem Finanzamt ersetzt. Die Eintragung, deren Kenntnis sich alle Dritte zurechnen lassen müssen (erga omnes), wirkt für einen Zeitraum von zehn Jahren.*

*Dieses neue Institut sollte zu einer besseren Sicherung und damit einer Förderung des Warenaustauschs führen. Auch die Gerichte könnten entlastet werden. Der Gläubiger des Pfandrechts, der seine Forderung geltend machen möchte, bedarf jetzt keines Vollstreckungstitels mehr: Er kann sich einfach aus der Pfandverwertung befriedigen. AB*

## PAGINA IMMOBILIARE

### Registrazione affitto e nullità

Se l'affitto non viene registrato entro il termine (perentorio) di 30 giorni dalla sua stipulazione scatta in Italia la nullità del contratto.

Lo ha stabilito una recente sentenza del Tribunale di Milano, n. 6782 del 15 giugno 2016, in applicazione delle nuove disposizioni sugli affitti introdotte dalla Legge di Stabilità 2016.

Dal 1° primo gennaio 2016, infatti, a seguito della L. 208/2015 (legge di stabilità 2016), i contratti di locazione dovranno essere registrati, a carico del locatore, entro il termine perentorio di 30 giorni dalla stipulazione, altrimenti saranno da considerarsi nulli con tutti gli effetti previsti dal riformato art. 13 della legge 431/1998.

Tali novità sono state introdotte al fine di contrastare l'evasione fiscale e le locazioni "in nero" imponendo una serie di obblighi a carico delle parti. Infatti, oltre alla registrazione nei termini, di tale registrazione il locatore deve dare "documentata comunicazione", nei successivi sessanta giorni, al conduttore nonché all'amministratore del condominio (ai fini dell'ottemperanza, da parte di quest'ultimo, degli obblighi di tenuta della c.d. "anagrafe condominiale" – articolo 1130, numero 6), cod. civ.)

Inoltre, per i contratti stipulati a partire dal 1 gennaio 2016, il nuovo articolo 13, VI c., l. 431/1998 concede al conduttore la facoltà, nel caso di omessa registrazione del contratto nei termini di ricorrere all'autorità giudiziaria al fine di fare accertare l'esistenza del contratto e di chiedere al giudice di determinare il canone dovuto nella misura non superiore al valore minimo definito nell'art. 2 della stessa legge.

Da tenere presente che la nullità del contratto di affitto non registrato nei 30 giorni deriva da un vizio coevo alla formazione del contratto stesso e non è sanabile neppure dalla registrazione tardiva.

Obbligati all'adempimento della registrazione ed al pagamento della relativa imposta sono, oltre al locatore, anche il conduttore dell'immobile ovvero l'agente immobiliare, qualora si tratti di contratti conclusi a seguito della sua attività.

### Crediti ipotecari. Banche e valutazioni immobiliari

In materia di contratti di credito immobiliare ai consumatori avevamo già parlato del decreto mutui nella nostra precedente lettera ai clienti n. 40.

Ora, con la pubblicazione delle circolari numero 285 e 288 e relativa consultazione pubblica la Banca d'Italia si è adeguata a quanto previsto dal decreto legislativo numero 72 del 2016, approvato dal Governo per recepire la direttiva europea numero 17 del 2014.

Le due circolari, che riguardano i contratti di credito immobiliare ai consumatori introducono tutta una serie di novità anche in materia di garanzie immobiliari.

Sulla valutazione degli immobili l'articolo 120 duodecies del decreto legislativo 72 del 2016 prevede, oltre l'applicazione di standard affidabili, anche il fatto che essa debba essere svolta da persone competenti sotto il profilo professionale e indipendenti dal processo di commercializzazione del credito, in modo da poter fornire una valutazione imparziale ed obiettiva, documentata su supporto cartaceo o su altro supporto durevole".

Sulla base di queste indicazioni di legge, la Banca d'Italia ha dettato una serie di previsioni che si riferiscono anche ai periti.

Così ad esempio è richiesto che periti abbiano una comprovata esperienza nella valutazione degli immobili "di almeno 3 anni precedenti all'attribuzione dell'incarico, attestata mediante apposita documentazione trasmessa alla banca" e "non devono essere coinvolti – neanche indirettamente – in alcuna attività relativa al processo di commercializzazione del credito o ad aspetti nevralgici del processo di erogazione del credito della banca o del gruppo bancario".

A proposito della valutazione degli immobili posti a garanzia delle esposizioni bancarie, Banca d'Italia ha disposto, innanzitutto, che la stima deve essere fatta sulla base di un valore che non sia superiore a quello di mercato.

La valutazione deve essere inoltre documentata attraverso un'apposita relazione corredata da tutti i documenti utilizzati per effettuarla e - nel caso in cui sia svolta da un perito esterno - spetta alla banca acquisire la relazione di valutazione. Infine, si prescrive che "la relazione di valutazione sia conservata in maniera ordinata dalla banca su supporto cartaceo o altro supporto durevole per tutta la durata del rapporto con il cliente e per i dieci anni successivi all'estinzione del rapporto".

### Dichiarazione di conformità e responsabilità del notaio

La Corte di Cassazione con sentenza dell'11 ottobre 2016, n. 20465, sez. II civile ha sancito la responsabilità disciplinare del notaio per avere redatto atti notarili privi della dichiarazione, richiesta dall'art. 29, comma 1 bis, della Legge n. 52 del 1985, di conformità allo stato di fatto dei dati catastali relativi all'identificazione ed alla capacità reddituale del bene, senza che rilevi la sola dichiarazione di conformità della planimetria dell'immobile, a sua volta recante i dati catastali identificativi, violando così l'art. 28, comma 1, n. 1, Legge Notarile, perchè la dichiarazione è espressamente prevista a pena di nullità testuale.

### Indicazioni sulle caratteristiche, contenute in una relazione, non sono vincolanti

Un compratore in Germania viene spesso indotto all'acquisto attraverso una relazione dettagliata di un agente oppure tramite l'indicazione delle qualità della cosa da parte del venditore. Pertanto, molte delle promesse fatte prima della stipula del contratto si rivelano poi essere numeri al vento. Ad es. i metri quadrati non coincidono per l'immobile comprato, esso è molto più piccolo di quanto promesso dal venditore. Per il compratore si pone quindi il problema se egli possa ed eventualmente come possa recedere dal contratto di compravendita.

Diversamente che in Italia, in Germania ogni contratto che riguardi un immobile deve essere redatto con rogito notarile. Anche un "compromesso", cioè un contratto preliminare scritto, nel diritto tedesco non risulta vincolante.

Il contratto di compravendita notarile deve contenere sostanzialmente tutte le dichiarazioni delle

parti con riferimento all'immobile. Nel caso in cui una trattativa convenuta precontrattualmente non venga rogata, essa si intende come non fatta. La Corte Federale (Sentenza del 6.11.2015, V ZR 78/14) ritiene questo come un risultato appropriato, in quanto il notaio ai sensi del § 17 della legge sui rogiti ha l'obbligo di dare una informazione e consulenza esauritiva alle parti al momento del rogito. Il compratore, in Germania, viene pertanto sempre informato sul fatto che null'altro vale - comprese eventuali aggiunte - se non ciò che sta nel documento di compravendita.

Qualcos'altro può valere solo nel caso in cui il venditore agisca con dolo ed egli conosca l'inesattezza delle proprie indicazioni. Provare ciò risulta tuttavia, nella prassi, quasi impossibile.

### La nuova figura del pegno immobiliare non possessorio

*Il D.L. n. 59/2016 (convertito in L. 119/2016 ed entrato in vigore il 03.07.2016), ha introdotto nel quadro delle garanzie reali la nuova fattispecie di pegno mobiliare non possessorio.*

*Si tratta di una nuova specie di garanzia reale mobiliare che gli imprenditori, iscritti nel registro delle imprese, possono costituire su beni mobili non registrati destinati all'esercizio dell'impresa a garanzia di crediti inerenti all'esercizio dell'impresa stessa, che può riguardare beni presenti o futuri, determinati o determinabili.*

*Diversamente dalla figura generale di pegno che impone la consegna materiale del bene con il conseguente "spossessamento" del bene da parte del costituente, con la nuova fattispecie di pegno mobiliare non possessorio, al soggetto costituente la garanzia è consentito di continuare ad utilizzare il bene, nel rispetto della sua destinazione economica, nonché di disporre dello stesso.*

*Questo istituto è stato pensato per favorire i finanziamenti alle imprese consentendo una garanzia sui mezzi di produzione o anche sulle merci, permettendo il c.d. "revolving" ovvero sia il trasferimento del diritto di garanzia (pegno non possessorio) dalla materia prima al prodotto finito, al ricavato della vendita.*

*Lo spossessamento, generalmente necessario per l'esercizio della prelazione sul bene mobile dato in pegno, viene sostituito all'iscrizione in un registro informatizzato istituito presso l'Agenzia delle Entrate e denominato "Registro dei pegni non possessori". L'iscrizione, che rende il diritto di garanzia opponibile ai terzi, ha una durata di dieci anni.*

*Questo nuovo istituto dovrebbe rendere più sicuri gli scambi commerciali e soprattutto deflazionare i tribunali in quanto per il recupero del credito non servirà più munirsi del titolo esecutivo ma semplicemente esercitare il diritto di pegno. AB*

## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

### Erstattung von Übersetzungskosten auch für den Übersetzer

Nach einer Entscheidung des OLG Hamburg (27.01.2016, 8 W 60/15) kann eine englischsprachige Partei auch dann die Übersetzungskosten für einen Schriftsatz ihres eigenen Rechtsanwaltes verlangen, wenn sie selbst einen elektronischen Übersetzungsdienst betreibt und ihr Rechtsanwalt die englische Sprache beherrscht.

Diese Entscheidung ist für viele Kollegen wertvoll, die entweder selbst Übersetzer sind oder die Heimatssprache ihre Partei sprechen. Sie kann dem Kostenbeamten, der mit der Begründung, man hätte nichts übersetzen müssen, da man sich wunderbar mit dem Mandanten auf Italienisch (beispielsweise) unterhalten könne, und die Erstattung von Übersetzungskosten ablehnt, entgegengehalten werden.

### Rechtsanwalt als Handelsvertreter zulässig

Ein Unternehmen beauftragte einen Rechtsanwalt, möglichst viele unterschriftsreife Lieferverträge für den Verkauf von Waren zu vermitteln. Für die Prüfung und für die Vermittlung dieser Verträge sollte der Rechtsanwalt 3000 Euro monatlich fix sowie eine Provision erhalten, die sich nach Anzahl und Wert der vermittelten Verträge richtete.

Der BGH (Urteil vom 12.5.2016, IX 241/14) hatte die Wirksamkeit des Vertrages zu prüfen und kam zu folgenden, berufsrechtlich durchaus interessanten Feststellungen:

Zum einen läge ein Interessenkonflikt gem. § 43a IV BRAO („ein Rechtsanwalt darf keine widerstreitenden Interessen vertreten“) nicht vor. Dieser wurde von der Mandantin eingewandt, da der Rechtsanwalt im eigenen wirtschaftlichen Interesse auch weniger lukrative, für die Mandantin uninteressante, Verträge hätte akquirieren können, um selbst durch die Provision mehr zu verdienen. Dieses Argument leuchtet durchaus ein, da der Handelsvertreter am schnellen Abschluss, der Unternehmer an der soliden Kundenbeziehung interessiert ist. Der BGH löst es aber zu Gunsten des Rechtsanwaltes in dem er zu einer Pflichtenteilung kommt; die Akquisition der Verträge sei Teil seiner Pflicht als Handelsvertreter, sie könne zu einer Schadensersatzpflicht aus dem Handelsvertretervertrag führen, nicht aber zu einer Nichtigkeit. Die Pflicht als Rechtsanwalt werde dadurch nicht unbedingt verletzt.

Zum anderen läge auch keine Nichtigkeit in Zusammenhang mit § 14 II Nr. 8 BRAO vor. Danach darf der Rechtsanwalt keine Tätigkeit ausüben, die mit seinem Beruf, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann. Das läge bei der Ausübung eines Maklerberufes, der offensichtlich über genügend Wertschätzung verfügt, nicht vor.

Der Mandantenbrief enthält sich in der Regel einer eigenen Kommentierung der Entscheidungen. Hier fällt es uns schwer. Unerlässliche Voraussetzung für eine solide Mandantenbeziehung ist das uneingeschränkte Vertrauen des Mandanten. Der Mandant sollte dafür teuer bezahlen, aber dafür auch erwarten können, dass nur seine ureigensten Interessen vertreten wer-

den. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass sich der Kollege als Makler betätigt. Dem Mandanten ist dann aber nahe zulegen, zur Prüfung der vorgelegten Verträge sich an einen unabhängigen Kollegen zu wenden. Aus zwei Funktionen in einer Person werden dann richtigerweise zwei Personen.



Avvocato e agente

### Keine Haftung wegen fehlender steuerrechtlicher Kenntnisse

Eine weitere anwaltsfreundliche Entscheidung hat das OLG Düsseldorf am 23.03.2015 (I-24 U 105/14) verkündet. Eine Arbeitnehmerin beauftragte einen Kollegen mit einem Kündigungsschutzprozess, der mit einem Vergleich und einer gehaltvollen Abfindung endete. Die Abfindungssumme wurde noch am Ende desselben Jahres, in dem der Vergleich abgeschlossen wurde, bezahlt; hätte man aber eine Zahlung für das Folgejahr vereinbart, hätte die Arbeitnehmerin Steuern sparen können. Sie klagte nun gegen den Rechtsanwalt, der sie nicht dahingehend beraten hatte, auf Erstattung des Steuerschadens.

Glücklicherweise sieht das OLG den „reinen“ Rechtsanwalt nicht in der Pflicht, die Mandantin auch steuerrechtlich zu beraten. Interessanterweise führt das Gericht aber aus, dass sich etwas anderes hätte ergeben können, wenn der Berater zusätzliche Qualifikationen angegeben hätte (Fachanwalt für Steuerrecht oder Steuerberater). Diesen Kollegen sei also zu besonderer Vorsicht geraten.

### Eigene Haftung des Rechtsanwaltes bei unrechtmäßigen Abmahnungen

In eine ganz andere Richtung geht leider eine Entscheidung des BGH vom 1.12.2005 (X ZR 170/72). Der BGH hält einen Rechtsanwalt im Falle von unberechtigten Abmahnungen, die im Auftrag seiner Partei vornimmt, für persönlich haftbar. Dem Fall lag eine einstweilige Verfügung in einem Patentrechtsstreit zugrunde. Der Patentrechtsinhaber ließ den Rechtsanwalt wegen einer unmittelbaren Patentrechtsverletzung verschiedene Unternehmen abmahnen; letztlich wären aber nur mittelbare Patentrechtsverletzung infrage gekommen. Ein zu Unrecht abgemahntes Unternehmen fordert nun vom Rechtsanwalt persönlich Schadensersatz in Höhe von 1,5 Million Euro.

Während das Landgericht und das Oberlandesgericht die Klage abgewiesen hatten, hält der BGH

eine Haftung grundsätzlich für gegeben. Er sieht eine Garantenstellung des Rechtsanwaltes auch zugunsten der Gegenpartei. Der Rechtsanwalt sei verpflichtet, auch Außenstehende vor deliktsrechtlichen Eingriffen zu schützen. Dies insbesondere, weil die Empfänger der Abmahnung typischerweise nicht rechtlich geschult seien und daher die rechtliche Tragweite nicht erkennen könnten.

### Entschädigung bei Verspätungen

Guten Mandanten sollte man keinen Wunsch abschlagen und auch bei unwirtschaftlichen Mandaten nicht die Miene verziehen. Kommt der Mandant aber auf die Idee, 600 Euro Entschädigung wegen einer mehrstündigen Verspätung seiner Flugreise nach der Fluggastrechteverordnung einfordern zu wollen, kann man ihn auch auf verschiedene Portale verweisen, die die Entschädigung gegen eine Gebühr von ca. 20 % vorfinanzieren. Eines davon ist [www.flug-erstattung.de](http://www.flug-erstattung.de); alternativ kann man das Formular auch selbst ausfüllen.

### Schwimmbad Europa

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einer Entscheidung auf der Grundlage eines banalen Sachverhaltes, allen Rechtsanwälten, die grenzüberschreitend und im Europarecht unterwegs sind, außerordentlich geholfen. Ein österreichischer Staatsbürger, der in einem Ort nahe der bayerischen Grenze wohnt, zahlte in einem Schwimmbad 2,50 Euro mehr Eintritt als die einheimische Bevölkerung. Er fühlte sich als Unionsbürger diskriminiert und klagte auf Rückerstattung des Mehrpreises. Die deutschen Gerichte sind der Auffassung, Art. 56 AEUV richtig anzuwenden, und wiesen die Klage ohne Vorlage an den EuGH ab. Die vom österreichischen Badegast dagegen eingelegte Verfassungsbeschwerde hat Erfolg (BVerfG v. 19.07.2016 – 2 BVR 470/08).

Die Entscheidung ist deswegen eine große Hilfe, weil das Bundesverfassungsgericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit deutlich vorhält, ihrer Vorlagepflicht vor dem EuGH nicht nachzukommen. Deutsche Gerichte legen ungern vor; begründet wird dies damit, dass die Anwendung von EU-Recht Sache der nationalen Gerichte sei, nur die Frage der Auslegung – die sich nur im Einzelfall stelle – gehöre in die Zuständigkeit des EuGH. Vor diesem Grund wird in der Praxis nur noch „angewendet“ auch dort – wie im vorliegenden Fall –, wo die Anwendung sich glasklar gegen den Text der Norm richtet: zwar hatte die Gemeinde, die das Schwimmbad betrieb, auch Argumente für die Ungleichbehandlung vorgetragen, grundsätzlich ist die Diskriminierung des EU-Ausländers in so einem Fall nicht von der Hand zu weisen. Die Nichtvorlage verletzte – so das Bundesverfassungsgericht – Art. 101 I 2; niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden und das ist, in Fällen der Auslegung des EU Rechts, der EuGH.

Diese Entscheidung kann ein wertvoller Hebel sein, auch wenn es um die Auslegung von nationalem Recht geht, das Ergebnis der Umsetzung einer EU-Richtlinie ist, sei es beispielsweise im Gesellschaftsrecht oder im Verbraucherschutzrecht.



## INFORMAZIONI PER COLLEGHI

### Rimborso dei costi di traduzione anche per traduttori

Secondo una decisione della Corte di Appello di Hamburg (27.01.2016, 8 W 60/15) una parte di madre lingua inglese può richiedere il rimborso anche dei costi di traduzione relativi ad un atto processuale del proprio avvocato, anche se gestisce un servizio di traduzione elettronica ed il proprio avvocato padroneggia la lingua inglese.

Questa decisione è utile per molti colleghi, che sono loro stessi traduttori o parlano la lingua madre della loro parte. La loro richiesta di rimborso spese per le traduzioni non può essere respinta con la motivazione che le traduzioni non sarebbero state necessarie, dal momento che, per esempio, si può conversare meravigliosamente in italiano con il proprio assistito.

### Avvocato e Agente

Una società incarica un avvocato di acquisire il maggior numero possibile di contratti di distribuzione pronti per la sottoscrizione. Per la verifica e l'intermediazione, l'avvocato avrebbe ricevuto un fisso di 3000 Euro mensili ed una provvigione proporzionata al numero ed al valore dei contratti acquisiti.

La Corte di Cassazione (sentenza del 12.5.2016, IX 241/14) ha verificato la validità del mandato ed è giunta alla seguente decisione, interessante dal punto di vista professionale:

Da una parte non sussisterebbe un conflitto di interessi ai sensi dell'art. 43a IV BRAO ("un avvocato non può rappresentare interessi confliggenti"). Il conflitto di interessi è stato sollevato dalla società mandante, dal momento che l'avvocato, nel proprio interesse economico, avrebbe potuto acquisire contratti meno lucrativi ed interessanti per la mandante, al fine di guadagnare sulle provvigioni. Appare evidente che l'agente di commercio è interessato ad una veloce conclusione, mentre la società ha interesse in una solida relazione. La Corte di Cassazione ha tuttavia dato ragione all'avvocato, giungendo ad una ripartizione dei doveri; l'acquisizione dei clienti spetta all'attività di agente, e può condurre ad un dovere di risarcimento nel contratto di mandato, ma non alla nullità. Il tal modo l'Avvocato non viola necessariamente i suoi doveri.

Dall'altra parte non sussiste neanche una nullità in relazione all'art. 14 II Nr. 8 BRAO, secondo il quale l'avvocato non può esercitare alcuna attività che sia inconciliabile con il proprio lavoro, specialmente con la sua posizione di organo indipendente per l'amministrazione della giustizia, o che possa mettere a rischio la fiducia nelle sua indipendenza. Questo non sarebbe riscontrabile in un incarico di agenzia, che palesemente gode di sufficiente stima.

La lettera ai clienti di regola si astiene da commenti alle decisioni. In questo caso ci risulta difficile. Solido presupposto per una solida relazione dell'avvocato con il cliente è la fiducia illimitata di quest'ultimo. Il cliente deve per questo pagare bene, ma anche potersi aspettare che venga rappresentato unicamente il proprio esclusivo interesse. Non si può per contro opporre che il collega abbia agito come mediatore. Al cliente si sarebbe potuto suggerire di incaricare un avvocato indipendente per la verifica dei con-

tratti. Piuttosto che riunire due funzioni in una persona, sarebbe servite, correttamente, due persone.

### Nessuna responsabilità nel caso di una mancata conoscenza del diritto tributario

Anche la Corte d'Appello di Dusseldorf del 23.03.2015 (I-24 U 105/14) ha emesso una decisione favorevole agli avvocati. Una lavoratrice ha richiesto ad un avvocato di intraprendere una causa di impugnazione di licenziamento, che si è conclusa con una transazione ed un consistente indennità di fine rapporto. L'indennità è stata pagata alla fine dello stesso anno in cui è stata conclusa la transazione; ma se si fosse concordato un pagamento per l'anno successivo, la lavoratrice avrebbe risparmiato sulle imposte. Quest'ultima citò in giudizio l'avvocato, che non l'aveva consigliata in tal senso, per il risarcimento dei danni. Per fortuna la Corte d'Appello non ha riconosciuto per il "semplice" avvocato un obbligo di consulenza fiscale. È interessante come la Corte abbia invece ammesso che sarebbe forse arrivata ad una diversa determinazione se il consulente avesse pubblicizzato una qualificazione aggiuntiva (esperto in diritto tributario o consulente fiscale). Questi colleghi devono dunque prestare una particolare attenzione.

### Dovere di consulenza nella conclusione di una transazione

È tipico durante la prassi forense in Germania trovarsi di fronte al caso di un giudice che invita le parti con insistenza a raggiungere un accordo in sede di prima udienza. Diversamente da quanto accade in Italia, il giudice esterna apertamente le chance processuali delle parti e spera in un ravvedimento. In una controversia decisa dalla Corte suprema federale sulla responsabilità di un avvocato (decisione del 14.07.2016 - IX ZR 291/149), il giudice aveva proposto all'attore un accordo vicino al 50% delle sue pretese, dal momento che le motivazioni attoree non erano evidentemente completamente fondate. L'attore, che apertamente pensava che il 50% potesse essere la base di partenza per un accordo migliore, ha rifiutato l'accordo. E ha poi perso la causa (=0%). Successivamente ha citato il suo avvocato con la motivazione che egli non gli avrebbe chiarito che avrebbe anche potuto perdere il processo. Se lo avesse fatto, avrebbe accettato l'accordo.

La Corte suprema federale ha spalleggiato l'avvocato. L'onore della prova della "mancata informazione" è a carico del cliente. Generalmente è difficile da provare ed anche in questo caso ha condotto ad un rigetto della domanda.

### Responsabilità personale dell'avvocato in caso di diffide illegittime

In direzione totalmente inversa va purtroppo la decisione della Corte suprema federale del 1.12.2005 (X ZR 170/72). La Corte ha riconosciuto personalmente responsabile un avvocato in un caso di diffida illegittimamente ingiunta per conto del suo assistito. Il caso si fondava su un provvedimento inibitorio in una controversia sulla normativa sui brevetti. Il titolare del brevetto incaricò il proprio avvocato di ammonire diverse società a causa di una diretta contraffazione; alla fine

si è trattato in realtà di contraffazioni indirette. Una società illegittimamente ammonita ha citato in giudizio l'avvocato richiedendo un risarcimento personale del danno nella misura di 1,5 milioni Euro.

Mentre il Tribunale e la Corte di Appello hanno rigettato l'azione, la Corte Federale ha riconosciuto una responsabilità in linea generale. E intravede una posizione di garante dell'avvocato anche nei confronti della controparte. L'avvocato ha il dovere di tutelare anche gli esterni da illecite intromissioni. Questo in particolare perché i destinatari degli ammonimenti non sono tipicamente esperti in materia e per questo potrebbero non conoscere le conseguenze giuridiche.

### Risarcimento in caso di ritardi

Ai buoni clienti non si dovrebbero negare i desideri e non si dovrebbe batter ciglio neanche quando propongono casi antieconomici. Ma nel caso in cui ad un cliente venga l'idea di agire in giudizio per richiedere 600 Euro a titolo di risarcimento per un ritardo di più ore del suo volo secondo il diritto dei passeggeri, si può anche rimandarlo a diversi portali, che prefinanziano il risarcimento a fronte di un contributo di circa il 20%. Uno di questi è [www.flug-erstattung.de](http://www.flug-erstattung.de); in alternativa è possibile compilare il formulario per il cliente.

### Piscina europea

La Corte costituzionale tedesca, con una decisione alla cui base vi è una banale fattispecie giuridica, ha aiutato in maniera straordinaria tutti gli avvocati che si occupano di diritto transfrontaliero e di diritto europeo.

Un cittadino austriaco, che vive nei pressi del confine con la Baviera, ha dovuto pagare l'ingresso in una piscina 2,50 Euro di più rispetto alla popolazione del posto. Si è sentito discriminato come cittadino europeo ed ha agito in giudizio per il rimborso della differenza. I tribunali ordinari tedeschi hanno ritenuto di applicare correttamente l'Art. 56 del Trattato sull'Unione Europea, e hanno respinto la richiesta. Il ricorso del bagnante austriaco presso la Corte costituzionale tedesca ha avuto successo (BVerfG v. 19.07.2016 – 2 BVR 470/08).

La decisione è perciò di grande aiuto, poiché la Corte Costituzionale rinfaccia chiaramente alla giurisdizione ordinaria il fatto che puntualmente non adempì al dovere rimettere la procedura alla Corte di Giustizia. I giudici tedeschi rimettono contro voglia e lo motivano dicendo che l'applicazione del diritto europeo è di competenza del giudice nazionale, e solo l'interpretazione – che si pone in rari casi – appartiene alla competenza della Corte di Giustizia. Per questo nella prassi la legge europea viene solo "applicata" anche nei casi, come il presente, in cui l'applicazione di scontra chiaramente con il testo della norma: invero il comune che gestisce la piscina avrebbe potuto portare argomentazioni a giustificazione di un trattamento diverso, ma in linea generale in questo caso non ci sono dubbi sulla discriminazione di un cittadino europeo. L'assenza di rimesione ha violato – così ha sostenuto la Corte Costituzionale – l'Art. 101 I 2 della costituzione; nessuno può essere privato del giudice costituito e questo è, nel caso dell'interpretazione del diritto europeo, la corte di giustizia.

## GESELLSCHAFTSRECHT

## ÜBER DAS NACH UNS

### Vermeidung der Mitbestimmung durch Ausgliederung

Über die Vor- und Nachteile der Arbeitnehmermitbestimmung in Deutschland lässt sich sicher streiten. Der deutschen Wirtschaft scheint sie nicht geschadet zu haben. Sie ist auch Teil der deutschen Unternehmenskultur, die grundsätzlich mehr auf Kooperation als auf Konfrontation setzt.

Ausländische Investoren ist sie oft ein Dorn im Auge. Das OLG Saarbrücken (Beschluss vom 2.3.2016, 4 W 1/15) hat hierzu eine investorfremde Entscheidung getroffen: Nach deutschem Recht ist in jedem Betrieb mit mehr als 500 Arbeitnehmern ein Aufsichtsrat zu bilden, der zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern bestehen muss. Der Aufsichtsrat ist das höchste Organ der Gesellschaft und ernennt u.a. den Vorstand oder die Geschäftsführung. Um die Bildung eines solchen Aufsichtsrats zu verhindern, hatte eine Gesellschaft einen Teilbetrieb mit 43 Arbeitnehmern ausgegliedert; der „Restbetrieb“ rutschte damit unter die 500er-Schwelle. Der Betriebsrat der Gesellschaft klagte dagegen und hielt die Ausgliederung für rechtsmissbräuchlich.

Das Oberlandesgericht hielt in seiner Entscheidung im Grundsatz fest, dass eine Ausgliederung die nur zum Zwecke, die Mitbestimmung zu verhindern, erfolgt wäre, rechtsmissbräuchlich und daher unwirksam wäre. Im vorliegenden Fall hatte das Unternehmen aber auch eine betriebliche Begründung liefern können, so dass die Richter die Ausgliederung für zulässig hielten. Das Oberlandesgericht hält dabei ausdrücklich fest, dass die Beweislast für den Rechtsmissbrauch den Arbeitnehmervertretern

obliegt. In der Praxis wird es Ihnen in der Regel sehr schwer fallen, die wahren Absichten des Unternehmens darzulegen und zu beweisen.

### Haftung eines Direktors einer Limited bei Insolvenzverschleppung

Welche Folgen der Brexit auf die vielen Gesellschaften in Deutschland haben wird, die über eine britische Rechtsform verfügen, wird sicher eine spannende Frage. In einer Entscheidung aus der Vor-Brexit-Zeit stellt der BGH (Urteil vom 15.03.2016, II ZR 119/14) jedenfalls fest, dass die persönliche Haftung des Geschäftsführers einer GmbH für die verspätete Anmeldung der Insolvenz entsprechend auch auf den Direktor einer Limited anzuwenden sei. Die Rückendeckung hierfür hatte der EuGH mit seiner Entscheidung vom 10.12.2015 - C-594/1 bereits erteilt. Bei den ca. 40.000 Limited, die in Deutschland eingetragen sind, hat die Entscheidung eine erhebliche praktische Bedeutung.

### Srl: Einberufung einer Gesellschaftsversammlung durch den Gesellschafter

Der italienische Kassationshof hat mit Entscheidung vom 25.5.2016 Nr. 10821 klargestellt, dass ein Gesellschafter einer Srl mit einer Beteiligung von mindestens 30% das Recht hat, die Gesellschafterversammlung, unabhängig von einer entsprechenden Bestimmung in der Satzung, bei Untätigkeit des Geschäftsführers einzuberufen. Die gesetzliche Vorschrift für die AG nach Art. 2367 codice civile ist nicht mehr im Wege der Analogie auf die Srl anwendbar.

### In Italien ist am 25.6.2016 das Gesetz über das „nach uns“ zugunsten von Personen mit schwerer Behinderung und ohne familiäre Unterstützung in Kraft getreten.

Das neue Gesetz setzt die Grundsätze des New Yorker Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 um, das die Beachtung der Grundrechte über das Wohlergehen, die gleichberechtigte Teilnahme an der Gemeinschaft (Inklusion) und die Autonomie von Menschen mit Behinderung gewährleisten soll.

Die vorgesehenen Unterstützungsmaßnahmen richten sich an Personen mit einer schweren Behinderung, die nicht auf einen natürlichen Altersprozess oder an Krankheitsformen, die altersbedingt sind, zurückzuführen und Vollwaisen sind, oder deren Eltern nicht in der Lage sind, eine entsprechende Betreuung zu leisten. Ausgeschlossen sind daher altersbedingt pflegebedürftige Personen und Personen ohne „schwere“ Behinderungen.

Das Gesetz sieht vor, dass die Regionen und autonomen Provinzen den Behinderten alle Maßnahmen der Betreuung im Krankenhaus und im unmittelbaren Umfeld Pflege und Schutz sichern müssen, und die Person schon während der Lebenszeit der Eltern unterstützen und unterhalten müssen. Zweck ist es, die höchstmögliche Autonomie und Unabhängigkeit der behinderten Person zu sichern, in dem man es ihnen ermöglicht, in den eigenen Wohnungen wohnen zu bleiben oder in Wohngemeinschaften, die von entsprechenden Verbänden unterhalten werden. Die Einrichtung eines staatlichen Fonds hat die Durchführung dieser Zwecke zu sichern.

Das Gesetz sieht Steuererleichterungen und Fördermittel für den Abschluss von Versicherungspolice, Trust-Gründungen oder zweckgebundenen Vermögenswerten vor. Im Einzelnen: die Gebühren für die Versicherungspolice können vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden, die Versicherungsprämien einer Lebensversicherung zugunsten einer Person mit einer festgestellten schweren Behinderung können steuerlich geltend gemacht werden; jegliche Übertragung im Todesfall, auch durch Schenkung, Trust und ohne entsprechende Gegenleistung wird von Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer befreit. Darüber hinaus werden sämtliche Gebühren und Steuern für die Eigentumsübertragung erlassen.

Weiterhin sieht das Gesetz Steuererleichterung für Zuwendungen, Schenkungen und anderen Übertragungen ohne Gegenleistungen vor, die Privatpersonen zugunsten eines Trust oder eines zweckgebundenen Fonds tätigen. Hier kann vom zu versteuernden Einkommen ein Abzug von bis 20 % und 100.000 Euro erfolgen.

Die Steuererleichterungen werden nur dann gewährt, wenn bei der Übertragung der Güter oder bei der Gründung des Trusts der Zweck – Pflege und Schutz der behinderten Person – ausdrücklich angegeben ist. In der Gründungsurkunde des Trusts muss darüber hinaus die Person angegeben werden, die für die Aufsicht verantwortlich ist, die Dauer und der Zeitablauf des Trusts dürfen nicht über das Datum des Ablebens der behinderten Person hinausgehen. VR

## NEUES VON DOLCE · LAUDA

### Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht

Herrn Rechtsanwalt Dolce wurde von der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am 12.10.2016 der Titel „Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht“ verliehen.

### Seminar in Perugia

Am 30.09./1.10.2016 fand in Perugia das jährliche Dolce Lauda Seminar statt. In Zusammenarbeit mit der Rechtsanwaltskammer Perugia wurde mit einem standesrechtlichen Teil begonnen; die folgenden Themen waren sämtlich praxisbezogen und aktuell, unter anderem ein interessanter Bericht von Prof. Pietro Franzina über die Auswirkungen des Brexit zu den Schiedsverfahren in UK. Das Seminar wurde mit einem Round Table zum Thema Start Up abgeschlossen. Insbesondere die vielen Fördermittel des italienischen Gesetzgebers fanden das Interesse der Teilnehmer an der gut besuchten Veranstaltung. Herr Rechtsanwalt Corbucci aus Perugia, dem unser Dank gilt, organisierte in einer der schönsten Städte Italiens auch ein sehr gelungenes Rahmenprogramm.

Ein Großteil der Vorträge, zumindest in PowerPoint Kurzfassung, finden Sie in unserem Blog ([blog.dolce.de](http://blog.dolce.de)).

### Italia Altrove

Die Vereinigung „Italia Altrove Francoforte e.V.“ (u.a. Vorstandsmitglied Frau Rechtsanwältin Marilena Bacci) organisiert für die ca. 40.000 Italiener im Rhein-Main-Gebiet sowie für die vielen Italophilen in der Restbevölkerung Veranstaltungen über die italienische Kultur. Im Oktober und November 2016 wurde die vorhandene Kompetenz in der Kanzlei genutzt und zwei sehr gut besuchte Treffen zum Immobilienerwerb in Deutschland aus italienischer Sicht (Vortragender: Herr Dr. Giovanni Gelardi) und zu den vielen Fragen des internationalen Privatrechts, die sich für in Deutschland wohnende Italiener aus erbrechtlicher und familienrechtlicher Sicht stellen (vortragende Rechtsanwältin: Viviana Ramon – Familienrecht – und André Castelli – Erbrecht), veranstaltet.

### VIVifrankfurt

Schließlich möchten wir für alle Italiener und Italophilen im Frankfurter Raum den von unserer Kollegin Thanh Lan Nguyen-Gatti und Silvia Ragusa betriebenen Blog mit vielen Hinweisen zu italienischen Veranstaltungen in Frankfurt und Umgebung hinweisen <https://vivifrankfurt.wordpress.com>.

DOPO  
DI NOI

**L'Italia ha approvato la legge sul "dopo di noi" in materia di assistenza in favore delle persone con disabilità grave prive del sostegno familiare. La legge è entrata in vigore il 25.06.2016.**

La nuova legge, in attuazione dei principi stabiliti dalla Carta dei diritti fondamentali dell'UE e dalla Convenzione delle Nazioni Unite approvata a New York il 13.12.2006 sui diritti fondamentali delle persone con disabilità, è volta a favorire il benessere, la piena inclusione sociale e l'autonomia delle persone disabili.

I destinatari delle misure di sostegno previste sono le persone con disabilità grave, non determinata dal naturale invecchiamento o da patologie legate alla senilità, prive di entrambi i genitori - perché premorti - o di genitori che non sono in grado di fornire un adeguato sostegno genitoriale. Sono esclusi quindi gli anziani non autosufficienti e le persone con una disabilità riconosciuta "non grave".

La legge prevede che le Regioni e le Province autonome debbano garantire alle persone disabili le misure di assistenza ospedaliera, l'assistenza territoriale, la cura e protezione con la progressiva presa in carico della persona già durante l'esistenza in vita dei genitori. L'obiettivo è quello di garantire la massima autonomia ed indipendenza delle persone disabili, consentendo loro di continuare a vivere nelle proprie case o in strutture gestite da associazioni. L'istituzione di un Fondo monetario dovrà assicurare l'attuazione delle finalità predette.

La legge prevede sgravi fiscali, esenzioni e incentivi per la stipula di polizze assicurative, costituzione di trust o di vincoli di destinazione su beni e diritti post-mortem.

In dettaglio: le tasse sulle polizze assicurative potranno essere detratte nella dichiarazione dei redditi; i premi assicurativi sul rischio di morte finalizzato alla tutela di persona con disabilità grave accertata potranno essere decurtati dalle tasse in misura maggiore; qualsiasi trasferimento di beni per causa di morte, anche mediante donazione e trust a titolo gratuito sarà esente dal pagamento dell'imposta di successione e donazione. È confermata inoltre l'esenzione del pagamento delle imposte di registro, ipotecaria e catastale e di bollo per tali trasferimenti.

Sono inoltre state ampliate le agevolazioni fiscali per le erogazioni liberali, donazioni e altri atti a titolo gratuito effettuati dai privati nei confronti del trust o di fondi speciali finalizzati a tutelare la persona disabile. Dette agevolazioni sono ora deducibili nella misura massima del 20% del reddito imponibile e di 100.000 euro.

Le esenzioni di imposta di cui sopra si applicano solo se nell'atto di trasferimento dei beni o di costituzione del trust è indicata espressamente la finalità di cura e tutela della persona disabile. Nell'atto istitutivo del trust dovrà essere indicato il soggetto responsabile della vigilanza sul trust, la durata e la scadenza, che nel limite massimo dovrà coincidere con la data della morte della persona disabile.

VR

**Elusione della cogestione mediante scorporazione**

Si può certamente discutere sui pro e i contro della cogestione dei dipendenti in Germania. Non sembra che tale istituto abbia recato pregiudizio all'economia tedesca. Esso costituisce oramai una parte della cultura imprenditoriale tedesca, essendo prevalentemente orientato verso la cooperazione piuttosto che allo scontro.

Gli investitori stranieri faticano a comprendere tale istituto. La Corte di appello di Saarbrücken (ordinanza del 02.03.2016, R.G. 4 W 1/15) ha emesso una decisione favorevole agli investitori: ai sensi della legge tedesca in ogni azienda con più di 500 dipendenti deve essere creato un consiglio di sorveglianza composto da dipendenti per almeno un terzo. Il consiglio di sorveglianza è l'organo più importante della società e provvede alla nomina - inter alia - del consiglio direttivo o dell'organo amministrativo. Per evitare la costituzione obbligatoria di tale consiglio di sorveglianza una società aveva scorporato un ramo d'azienda con 43 dipendenti; l'azienda "residua" tornava ad essere sotto la soglia dei 500 dipendenti. La commissione interna della società ha impugnato tale scorporo ritenendolo elusivo.

La Corte di appello ha confermato nella propria decisione il principio per cui, qualora lo scorporo avesse perseguito il solo scopo di evitare la cogestione, esso integrerebbe un'ipotesi di abuso del diritto e sarebbe pertanto inefficace. Nel caso concreto l'impresa era tuttavia riuscita a dimostrare la sussistenza di ragioni di natura aziendale, per cui i giudi-

ci hanno ritenuto lecita la scorporazione. La Corte d'appello ha rilevato che l'onere della prova circa l'effettivo abuso del diritto spetta ai dipendenti. Conseguentemente non sarà facile per i dipendenti esporre e dimostrare processualmente il vero scopo imprenditoriale dello scorporo.

**Responsabilità del direttore di una Limited in caso di tardiva istanza di fallimento**

Sarà sicuramente interessante verificare le conseguenze del Brexit per le numerose società in Germania costituite secondo il diritto inglese. In una decisione pre-Brexit la Corte Federale tedesca (sentenza del 15.03.2016, R.G. II ZR 119/14) ha accertato che il regime di responsabilità personale dell'amministratore di una GmbH (S.r.l. tedesca) in caso di tardiva istanza di fallimento è applicabile anche al direttore della Limited. Tale decisione seguiva l'orientamento espresso dalla Corte di Giustizia dell'Unione Europea con sentenza del 10.12.2015 (C-594/1). Considerando che in Germania sono registrate circa 40.000 Limited tale decisione ha una notevole rilevanza pratica.

**Srl: facoltà di convocazione dell'assemblea da parte del socio**

Con decisione della Corte di Cassazione del 25.5.2016 n. 10821 è stato chiarito che il socio di una Srl con una partecipazione del 30% ha la facoltà, anche in mancanza di una espressa previsione statutaria, di convocare l'assemblea dei soci in caso di inerzia da parte dell'organo amministrativo. La disposizione di cui all'art. 2367 c.c. - in materia di Spa - non è più applicabile per analogia. MC

## ULTIME DA DOLCE · LAUDA

**Titolo di avvocato specializzato nel diritto commerciale internazionale (Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht)**

In data 12.10.2016 all'avvocato Dolce è stato conferito da parte dell'Ordine degli Avvocati di Francoforte il titolo di "avvocato specializzato nel diritto commerciale internazionale".

**Seminario Dolce Lauda a Perugia**

Dal 30.09. all'1.10.2016 ha avuto luogo a Perugia il tradizionale seminario dello studio in collaborazione con l'Ordine degli Avvocati di Perugia, il quale ha aperto i lavori con la sessione dedicata alla deontologia. Ma anche gli ulteriori interventi hanno avuto un taglio pratico e di attualità, così ad esempio l'interessante relazione del Prof. Pietro Franzina sulle ripercussioni della Brexit sugli arbitrati in GB. Il seminario ha avuto una forte risonanza positiva e si è concluso in bellezza con un round table di professionisti sul tema delle Start Up. Il pubblico ha seguito con particolare interesse la discussione sugli incentivi proposti dal legislatore italiano. Cogliamo l'occasione per ringraziare l'avvocato Corbucci di Perugia, per l'ottima organizzazione del programma quadro in una delle più belle città italiane.

Per chi fosse interessato, indichiamo che si può scaricare dal nostro sito buona parte della documentazione (quantomeno le versioni point) del seminario, pubblicata sul nostro blog ([blog.dolce.de](http://blog.dolce.de)).

**Italia Altrove**

L'associazione "Italia Altrove Francoforte e.V." (i.a. consigliere avvocato Marilena Bacci) organizza per i ca. 40.000 italiani presenti nel Rhein-Main-Gebiet, ma anche per i tanti italianofili vari eventi dedicati alla cultura italiana. Nei mesi di ottobre e novembre, beneficiando delle specifiche competenze dello studio, sono stati organizzati due incontri con dei professionisti sul tema del diritto immobiliare in Germania (relatore: Dr. Giovanni Gelardi) nonché del diritto successorio e della famiglia nel diritto internazionale (relatori: Avvocati André Castelli e Viviana Ramon), che hanno avuto grande risonanza positiva da parte dell'attento pubblico.

**ViviFrankfurt**

Concludiamo questo spazio, indicando con piacere il blog gestito dall'avvocato Thanh Lan Nguyen-Gatti e Silvia Ragusa e rivolto a tutti gli italiani e italiano-fili in cerca di informazioni ed eventi a Francoforte - <https://vivifrankfurt.wordpress.com>

## ERBRECHT

### Erben nach beiden Rechtsordnungen

Wie schon mehrfach berichtet, ist auch auf italienische Staatsangehörige, die in Deutschland wohnen, im Erbfall deutsches Erbrecht anzuwenden, es sei denn, sie hätten sich zuvor ausdrücklich für das italienische Recht entschieden. Das deutsche und das italienische Erbrecht sind sehr unterschiedlich und es ist daher nicht möglich, allgemein festzustellen, welches „gerechter“ ist. Sicher ist, dass das deutsche Erbrecht von den Erben schnelle Reaktionen und schnelle Entscheidungen einfordert, während das italienische Erbrecht längere Phasen der Unentschiedenheit duldet.

Um besser nachzuvollziehen, welche Folgen für einen italienischen Staatsbürger die Anwendung deutschen Erbrechts – statt italienischem – haben kann, werden wir die Erbfolge bei einem Erblasser darlegen, der kein Testament und ein Ehepartner nebst Kindern hinterlassen hat.

Das italienische Erbrecht sieht in dem Fall, dass ein Ehepartner und ein Kind vorhanden sind, dass beide zu gleichen Teilen (50 %) erben; sind zwei oder mehr Kinder vorhanden, steht dem Ehegatten ein Drittel der Erbschaft und den zwei (oder mehreren) Kindern zwei Drittel der Erbschaft zu, die sie untereinander in gleichen Teilen aufteilen müssen. Das eine Drittel steht nach italienischem Recht dem Ehepartner immer zu, unabhängig davon ob Gütergemeinschaft oder Gütertrennung vereinbart wurde oder ob die Ehepartner irgendeine güterrechtliche Vereinbarung nach italienischem Recht geschlossen hatten.

Das Besondere am deutschen Recht liegt nun darin, dass erbrechtliche Ansprüche mit den vermögensrechtlichen Ansprüchen des Ehegatten aus der Beendigung der Ehe, je nach Güterstand, vermengt werden. Die Erbquote hängt vom Güterstand der Eheleute ab (§§1931, 1371 BGB).

**Güterstand der Gütergemeinschaft:** Der Anteil des Ehegatten beträgt ein Viertel, während der des Kindes oder der Kinder drei Viertel beträgt. Der Gesetzgeber trägt damit Rechnung, dass der überlebende Ehegatte durch die Gütergemeinschaft bereits die Hälfte der Güter während der Ehezeit erworben hat.

**Güterstand der Gütertrennung:** Dem Ehegatten steht gleichfalls nur ein Viertel zu, es sei denn, es erben neben ihm nur noch ein oder zwei Kinder. In diesem Fall steht ihm die gleiche Erbquote des Kindes zu, also bei einem Kind die Hälfte, bei zwei Kindern ein Drittel. Bei drei oder mehreren Kindern bleibt es bei einem Viertel.

**Deutscher Güterstand der Zugewinnngemeinschaft:** In diesem Fall sieht das deutsche Erbrecht vor, dass dem Ehegatten neben dem Viertel aus dem Erbrecht noch ein weiteres Viertel aus der Zugewinnngemeinschaft zusteht, als Ausgleich für die Hälfte des Zugewinns, den dieser theoretisch bei Beendigung der Ehe beanspruchen könnte. In diesem Fall steht dem Ehegatten eine Erbquote einer Hälfte zu ( $1/4 + 1/4$ ), dem Kind oder den Kindern bleibt nur die restliche Hälfte.

Dem überlebenden Ehegatten steht aber auch das Recht zu, den Anteil am Zugewinn während der Ehe-

zeit tatsächlich zu berechnen und herauszuverlangen; sollte dieser also der Auffassung sein, dass sein Zugewinnausgleichanspruch mehr als drei achtel der Erbquote betragen würde, könnte er für ihn vorteilhaft sein, innerhalb von sechs Wochen auf die Erbschaft zu verzichten und von den Erben (den Kindern des Erblassers) die Abrechnung und die Zahlung des Zugewinns zu fordern. Darüber hinaus stünde ihm noch der Pflichtanteil in Höhe von einem Achtel der Erbschaft zu.

Die Erbfolge wird komplexer, wenn zwei Rechtsordnungen angewandt werden müssen, beispielsweise, wenn auf das Erbe italienisches Recht anzuwenden ist, das für den Ehegatten eine Erbquote von ein Drittel vorsieht, und im Übrigen in Bezug auf den Zugewinnausgleich deutsches Recht, das eine Erhöhung der Erbquote um  $1/4$  vorsieht. Im Ergebnis würde der Ehegatte  $7/12$  Erben und damit mehr, als ihm nach deutscher oder italienischer Rechtsordnung, wenn Kinder miterben, zustehen würde.

Der BGH hat mit Beschluss vom 13.5.2015 (IV ZB 30/2014) festgestellt, dass die Erhöhungsquote aus den Zugewinnausgleich in Höhe von  $1/3$  allein aus dem Güterstand der Eheleute folgt und keinen erbrechtlichen Charakter hat. Dennoch ist die gesamte Erbquote des Erblassers auf den Anteil zu ermäßigen, der ihm nach der günstigsten Rechtsordnung zustehen würde. In diesem Fall würde sich daher die Erbquote auf 50 % beschränken.

## ARBEITSRECHT

### Neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)

Der Bundestag hat das „Gesetz zur Neuregelung von Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen“ verabschiedet, was - nach jahrelanger Debatte - ein politisches Ergebnis der großen Koalition ist, das am 01.01.2017 in Kraft tritt.

Gerade bei Produktionsüberhängen oder Sonderaufträgen greifen Unternehmen häufig auf Leiharbeitskräfte zurück und können so Personal flexibel einsetzen. Die Zusammenarbeit mit einer Leiharbeitsfirma gegenüber einem Mitarbeiter mit Arbeitsvertrag bringt für Unternehmen viele Vorteile: Auch wenn – oder gerade weil - das Konzept der Arbeitnehmerüberlassung Vorteile mit sich bringt, finden sich in diesem Bereich zahlreiche missbräuchliche Fälle im Zusammenhang mit illegalen und „dauerhaften“ Arbeitnehmerüberlassungen. Das neue Gesetz will den Missbrauch bei der Arbeitnehmerüberlassung als Dauerzustand verhindern. Darüber hinaus sollen Zeit- oder Leiharbeiter künftig grundsätzlich den gleichen Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten („equal pay“):

#### 1. Einsatz als „Streikbrecher“ wird verboten

Der Gesetzentwurf regelt das Beschäftigungsverbot von Leiharbeitern, soweit ein Unternehmen durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. Verstöße gegen dieses Verbot können mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

#### 2. Höchstüberlassungsdauer

Die wichtigste Änderung ist die zulässige Überlassungsdauer von Arbeitnehmern, welche zukünftig maxi-

mal 18 Monate betragen soll und es sollen keine Kettenüberlassungen mehr möglich sein. Es gibt dann nur die Möglichkeit, die Höchstüberlassungsdauer von Leiharbeitern zu überschreiten, indem das Unternehmen die Stelle mit einem anderen Leiharbeiter besetzt.

Anmerkung: Bei einem Verstoß gegen die Höchstüberlassungsdauer wird der Vertrag zwischen Verleiher und Leiharbeiter unwirksam und es kommt zu einem Arbeitsverhältnis mit dem Entleiher, es sei denn, der Arbeitnehmer widerspricht innerhalb eines Monats schriftlich. Ferner ist ein Verlust der Erlaubnis für das Leiharbeitsunternehmen und ein Bußgeld in Höhe von bis zu 30.000 Euro vorgesehen, wenn es gegen die vorgeschriebene Höchstüberlassungsdauer verstößt.

#### 3. Grundsatz der Gleichstellung: „equal pay“

Für Leiharbeiter sollen - sukzessive - die gleichen Arbeitsbedingungen wie der Stammebelegschaft im Betrieb des Entleihers gewährleistet werden; nach 9 Monaten soll die vollständige Gleichstellung von Leiharbeitern mit der Stammebelegschaft erfolgen.

Anmerkung: Bei einem Verstoß gegen den „equal pay“-Grundsatz sind zwei Sanktionen vorgesehen: Zum Einen der Entzug der zwingend erforderlichen Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung und zum Anderen ein Bußgeld von bis zu 500.000 Euro. Dies kann daher zu einem faktischen Berufsverbot führen.

Durch einen Branchentarifvertrag der Einsatzbranche kann die Höchstdauer von 9 auf 18 Monate erhöht werden. Auch bei dem „equal pay“-Prinzip sind Abweichungen möglich, wenn durch Branchentarifverträge

sichergestellt wird, dass der Lohn für Leiharbeiter durch Zuschläge stufenweise an das Arbeitsentgelt herangeführt wird, welches von den Tarifvertragsparteien der Zeitarbeitsbranche als gleichwertig mit dem tarifvertraglichen Arbeitsentgelt vergleichbarer Arbeitnehmer in der Einsatzbranche festgelegt ist. Die stufenweise Heranführung an dieses Arbeitsentgelt muss spätestens nach einer Einarbeitungszeit von 6 Wochen beginnen.

#### 4. Bekämpfung von Schein-Werkverträgen

Durch die Einführung einer Pflicht zur Offenlegung der Arbeitnehmerüberlassung wird eine Umgehung der Leiharbeit durch Unternehmen, die auch eine Erlaubnis zur Leiharbeit haben, kaum noch möglich sein. Arbeitgeber, die vermeintliche Werkverträge zur Umgehung arbeitsrechtlicher Schutzvorschriften eingesetzt haben, wird zukünftig die Möglichkeit entzogen, ihr Verhalten nachträglich als Leiharbeit umzudeuten und damit zu legalisieren.

#### Praktische Folgen:

Durch den neuen „equal pay“-Anspruch werden nicht nur die Kosten, sondern auch der Verwaltungsaufwand bei Arbeitgebern erheblich steigen. Die Verlustgefahr der Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung bei Verstößen, erhöht sich beträchtlich. Auch der Abschluss von Werkverträgen wird für Unternehmen deutlich riskanter.

Der Gesetzesentwurf stößt nach wie vor auf erhebliche Kritik – auch von Seiten der Bundesrechtsanwaltskammer, die eine Vielzahl von verfassungsrechtlichen Bedenken geäußert hat. CH

## DIRITTO DELLE SUCCESSIONI

### La successione in due ordinamenti

Ai residenti abitualmente in Germania, anche se cittadini italiani, si applica il diritto delle successioni tedesco, a meno che abbiano compiuto una scelta di legge a favore della legge della propria cittadinanza.

I due ordinamenti presentano notevoli differenze, mentre non è possibile indicare genericamente quale sia quello "più giusto", è facile osservare che il sistema tedesco impone reazioni e scelte rapide, mentre quello italiano tollera situazioni indefinite più a lungo.

Per comprendere quale conseguenze possa avere nella successione di un cittadino italiano l'applicazione della legge tedesca rispetto a quella italiana esaminiamo le quote che spettano al coniuge e ad uno o più figli in caso di loro concorso e di assenza di disposizione testamentaria.

Il diritto italiano prevede che nel caso vi sia il coniuge ed un figlio, a ciascuno di essi spetti la quota di 1/2; se vi sono due o più figli al coniuge spetterà 1/3 e ai figli 2/3 da dividere tra essi in parti uguali. Nell'ordinamento italiano la quota del coniuge non dipende dal regime patrimoniale esistente tra i coniugi al momento del decesso. Al coniuge spetterà la quota di 1/3 (o 1/2, secondo il numero dei figli) sia che sia nel regime della comunione dei beni, o nel regime la separazione dei beni, o abbia concluso una qualsiasi convenzione patrimoniale.

Il sistema tedesco presenta la particolarità di combinare il piano dei diritti successione con i diritti patrimoniali spettanti al coniuge superstite per la cessazione

del matrimonio per morte e che evidentemente dipendono dal regime esistente tra i coniugi, e prevede (§§ 1931, 1371 BGB) che la quota del coniuge vari in funzione del regime patrimoniale fra i coniugi.

**Regime patrimoniale della comunione dei beni:** la quota del coniuge è pari ad 1/4 mentre quella del figlio o dei figli è pari a 3/4. In questo modo l'ordinamento tiene conto che il coniuge superstite ha già acquisito la metà dei beni acquistati dai coniugi in costanza di matrimonio.

**Regime patrimoniale della separazione dei beni:** al coniuge spetterà ugualmente 1/4, tuttavia col temperamento che nel caso in cui egli concorra con un unico figlio o con due figli del de cuius, egli avrà la medesima quota dei figli: ciò significa che nel caso in cui concorra con un figlio, al coniuge spetterà la metà e nel caso in cui concorra con due figli, gli spetterà 1/3. Nel caso in cui concorra con tre o più figli, al coniuge spetterà la quota di 1/4.

**Regime patrimoniale legale tedesco tra i coniugi (compensazione degli incrementi patrimoniali, "Zugewinnausgleich"):** In tal caso l'ordinamento prevede che al coniuge spetti oltre al 1/4 quale diritto di eredità, un ulteriore 1/4 dell'eredità quale compensazione forfettaria per gli incrementi patrimoniali cui egli potrebbe teoricamente aver diritto sulla base degli incrementi patrimoniali dei coniugi durante matrimonio. In tal caso al coniuge spetterà dunque la quota di un mezzo (1/4 quota ereditaria + 1/4 quota forfettaria regime patrimoniale) e al figlio o ai figli concorrenti spetterà la rima-

nente metà, indipendentemente dal loro numero.

Occorre ricordare che il coniuge superstite in quest'ultimo caso, se ritiene che il calcolo della differenza degli incrementi patrimoniali effettivamente realizzati possa condurre ad un importo per lui più elevato di 3/8 della quota ereditaria, può aver vantaggio a rinunciare all'eredità (nel termine di sei settimane) e domandare agli eredi (ai figli del de cuius) il calcolo e la liquidazione di quanto concretamente gli spetti per il maggior incremento patrimoniale realizzato dal de cuius durante il matrimonio. Egli potrà infatti richiedere inoltre la quota di legittima che nel suo caso sarà pari ad 1/8.

La situazione chiaramente si complica quando si intreccia (p. e. a seguito di una scelta di legge) il diritto delle successioni italiano (che prevede la quota per il coniuge di 1/3) con il regime patrimoniale del "Zugewinnausgleich" secondo il diritto tedesco (che prevede un incremento di quota ereditaria forfettario pari ad 1/4) che condurrebbe ad una quota per il coniuge di 7/12, superiore a quanto prevede sia l'ordinamento tedesco che quello italiano in caso di concorso di coniuge e figli.

La corte federale tedesca (BGH ordinanza 13.05.2015, IV ZB 30/2014) ha chiarito che l'applicazione di tale incremento di 1/4 dipende esclusivamente dal diritto applicabile al regime patrimoniale tra i coniugi e non alla legge applicabile alla successione. Tuttavia si ritiene che la quota spettante al coniuge debba essere ridotta nel senso che non superi quanto previsto dall'ordinamento a lui più favorevole, in questo caso quindi non dovrà superare la quota di un mezzo. AC

## DIRITTO DEL LAVORO

### Nuova legge sul lavoro interinale (AÜG)

Il parlamento ha promulgato la Legge sulla nuova regolamentazione del trasferimento dei lavoratori e dei contratti d'appalto, cosa che, dopo un dibattito durato anni, rappresenta un risultato politico della Grande Coalizione, e che entrerà in vigore dal 1.1.2017.

Proprio nel caso di sbalzi di produzione o di incarichi eccezionali, le imprese ricorrono spesso a lavoratori interinali e possono così assumere personale flessibile. La collaborazione con una impresa di lavoro interinale nei confronti di un lavoratore con un contratto di lavoro ha per le imprese molti vantaggi: Anche se - o forse proprio per questo motivo - il concetto di lavoro interinale è vantaggioso, si riscontrano molti casi di abuso in questo settore soprattutto nel caso di lavoratori interinali illegali o "perenni". La nuova legge vuole impedire l'abuso nel trasferimento di lavoratori come condizione duratura. Per questa ragione i lavoratori temporanei e interinali devono percepire lo stesso stipendio di quelli a tempo indeterminato (equal pay)

1. Proibizione dell'assunzione per interrompere uno sciopero.

Il progetto di legge regola la proibizione di assumere lavoratori interinali se l'impresa è direttamente interessata a delle lotte sindacali. Trasgressioni a tale divieto possono essere puniti con una multa fino ad Euro 500.00,00.

2. Durata massima del trasferimento

La modifica più importante è la durata massima del trasferimento che non può superare i 18 mesi e non ci potranno essere più delle catene di trasferimento in futuro. È prevista solo la possibilità di superare la durata massima del trasferimento nel caso in cui l'impresa occupi il posto con un altro lavoratore interinale.

Nota: Nel caso di una violazione della durata massima del trasferimento, il contratto tra prestatore e lavoratore diventa invalido e nasce un contratto con l'impresa in cui lo stesso è occupato a meno che il lavoratore stesso non lo rifiuti per iscritto entro un mese. Inoltre è previsto il ritiro della licenza per l'impresa interinale ed una multa fino ad Euro 30.000,00 se si viola la durata massima del trasferimento prevista.

3. Principio della parità di trattamento Equal pay

Al lavoratore interinale si devono applicare - progressivamente - le stesse condizioni di contratto del lavoratore assunto a tempo indeterminato nell'impresa: dopo 9 mesi il lavoratore interinale deve avere lo stesso trattamento di quello a tempo indeterminato.

Nota: per la violazione del Equal pay sono previste due sanzioni: Da una parte il ritiro del permesso obbligatorio per le imprese interinali per il trasferimento di lavoratori dall'altro una multa fino ad Euro 500.000,00. Ciò può condurre anche ad un effettivo divieto di lavoro.

Attraverso un accordo collettivo del settore dell'impresa che assume, la durata massima può essere prolungata da 9 a 18 mesi. Anche per il principio

del Equal pay ci sono delle eccezioni se attraverso le tariffe del contratto collettivo viene garantito che lo stipendio dei lavoratori interinali tramite il riconoscimento di indennità, viene progressivamente adeguato allo stipendio che viene previsto dalle parti dal contratto collettivo nel settore del lavoro temporaneo come simile allo stipendio percepito secondo le tariffe collettive da un lavoratore simile del settore in cui viene impiegato. L'adeguamento progressivo deve iniziare al più tardi dopo il periodo di apprendistato di sei settimane.

4. Lotta contro contratti d'appalto simulati

Attraverso l'introduzione di un obbligo di comunicazione dei trasferimenti di lavoratori viene impedito che il lavoro interinale sia effettuato tramite imprese che anche possiedono il permesso per il trasferimento di lavoratori. Ai datori di lavoro che hanno previsto contratti simulati di appalto per aggirare le norme di protezione del diritto del lavoro, verrà impedito in futuro di potere regolarizzare la posizione dei lavoratori interinali.

Conseguenze pratiche: Con il trattamento paritario Equal pay saliranno non solo i costi del lavoro ma anche quelle amministrative delle imprese. Il pericolo del ritiro della licenza in caso di violazioni aumenterà notevolmente. Anche la conclusione di contratti d'appalto sarà per le imprese molto più rischioso.

Il progetto di legge si scontra con notevoli critiche anche da parte dell'ordine degli avvocati federali che ha espresso numerosi dubbi costituzionali.

# TRANSPORT UND VERSICHERUNG

## Erneut zu den Mindestkosten für den Straßen-transport: Ändert der EuGH seine Rechtsprechung?... Immerhin eine Klarstellung

In dem Mandantenbrief 38 haben wir bereits über das Thema des Mindestlohnes im Transportwesen berichtet und dabei über die Auswirkung der Entscheidung des EuGH vom 4.9.2014 zur Nichtigkeit der Tabellen des seinerzeit noch existierenden Osservatorio Italiano dell'Autotrasporto in Deutschland, Österreich und Italien informiert.

Nach einigen Jahren stellt der EuGH mit Urteil vom 21.06.2016 einen neuen Leitsatz auf. Infolge einer Vorlage des Landgericht Cagliari vom Oktober 2015 waren die europäischen Richter gefordert, nunmehr die Rechtmäßigkeit der Tabellen des italienischen Transportministerium zu beurteilen, insbesondere ob „Art. 101 AEUV in Verbindung mit Art. 4 Abs. 3 EUV dahin auszulegen [ist], dass er einer nationalen Rechtsvorschrift wie Art. 83a Abs. 10 des Gesetzesdekrets Nr. 112/2008 entgegensteht, soweit danach die Preise im gewerblichen Güterkraftverkehr nicht unter den vom Ministerium für Infrastruktur und Verkehr festgelegten Mindestbetriebskosten liegen dürfen und nicht der freien Entscheidung der Vertragsparteien unterliegen?“ und „Können die Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt angesichts dessen, dass das Ministerium für Infrastruktur und Verkehr eine Behörde ist, durch eine nationale Vorschrift zum Zweck der Sicherheit des Straßenverkehrs eingeschränkt werden?“.

Der EuGH hat entschieden, dass, wenn der Gesetzgeber selbst den Mindestlohn zum Schutz des Straßenverkehrs festlegt, keine wettbewerbsbeschränkende Maßnahme vorliegt. Anders ist der Fall zu entscheiden, wenn der Mindestlohn von privaten Unternehmensvereinigungen – wie eben der frühere „Osservatorio“ – geregelt wird.

Die Entscheidung entspricht damit der seit einigen Jahren geltenden Rechtsprechung, sowie der bereits in Deutschland und Österreich angewandten Praxis.

## Transporte und grenzüberschreitende Versetzung

Das ital. Ministerialdekret vom 10.8.2016 zu den grenzüberschreitenden Entsendung, in dem nun die operativen Kriterien und die Vorschriften enthalten sind, die Arbeitgeber einzuhalten haben, die aus einem Mitgliedstaat nach Italien eigenes Personal entsenden möchten (auch zu Betrieben des gleichen Konzerns, zu anderen Produktionseinheiten oder auch zu anderen Betrieben), hat auch für den Transportsektor Bedeutung. Das Dekret sieht insbesondere vor, dass vor der Entsendung bestimmte Mitteilungen an die zuständige Verwaltungsbehörde zu erteilen sind.

In Umsetzung des Artikels 10, Abs. 2 des Gesetzesdekrets Nummer 136/2016, das wiederum die Richtlinie 2014/67 in Abänderung der Verordnung 1024/12 umgesetzt hat, finden die Vorschriften auch in Bezug auf die verschiedenen Transportunternehmens Anwendung. Diese müssen nunmehr das Formular UNI\_Distacco UE, das sich auf der Homepage des Arbeitsministeriums befindet, ausfüllen und 24 Stunden vor der Entsendung einreichen (innerhalb der gleichen Frist kann die Mitteilung zurückgenommen werden). Jede weitere Veränderung muss

5 Tage nach Eintritt des Ereignisses mitgeteilt werden, das die Veränderung veranlasst hat.

Bevor die Anmeldung zur beabsichtigten Entsendung vorgenommen werden kann, muss der ausländische Entsender sich im Portal des italienischen Arbeitsministeriums eintragen und dort die nötigen Angaben erteilen. Sobald er registriert ist, kann der Entsender auch eigene Mitteilungen eintragen und die Datenbank zu den Entsendungsformularen einsehen. Die Eintragung ist von den Behörden der Arbeitsaufsicht, der Sozialversicherung (INPS) und der Unfallversicherung (INAIL) einsehbar.

Auch Deutschland und Frankreich haben die entsprechenden Bestimmungen umgesetzt. Die deutsche Norm findet sich in § 18 des Arbeitnehmer Entsendegesetzes (AEntG) während Frankreich die Vorschrift mit Dekret Nr. 2016-418 v. 7.4.2016 vorgehen hat. MB

## Italien: Einführung einer neuen Datenbank der Versicherungsaufsicht über Unfälle, Zeugen und Geschädigte

Die italienische Versicherungsaufsicht (IVASS) hat in ihrer eigenen Verordnung Nr. 23/2016 eine Datenbank über Verkehrsunfälle, Zeugendaten und Geschädigtendaten (so genanntes „Archivio informatico integrato“) gemäß Art. 135 des Gesetzesdekrets Nr. 209/2005 über den Versicherungskodex (veröffentlicht in der G.U. nr. 134 vom 10.06.2016, am 11.06.2016 in Kraft getreten) eingeführt.

Diese Verordnung hat auch eine europäische Bedeutung, da sie die folgenden Versicherer betrifft:

a) Italienische Versicherer, die auf dem Gebiet des italienischen Staates zum Abschluss von Pflichtversicherungen für die Haftung aus dem Betrieb von Kraftfahrzeugen berechtigt sind, auch soweit sie im Auftrag des Garantiefonds zur Entschädigung der Opfer aus Verkehrsunfällen tätig sind,

b) Versicherer der europäischen Union und des europäischen Wirtschaftsraums, soweit sie zur Kfz-Haftpflichtversicherung in Italien zugelassen sind.

Die Datenbank (im italienischen „Archivio“) wird auch als integriertes „Anti-Betrug-Archiv“ bezeichnet und soll als digitales Hilfsmittel dienen, die es der Behörde ermöglichen soll, alle eingehenden Daten zu analysieren, zu verarbeiten und zu bewerten, damit Fälle mit Betrugsverdacht untersucht, festgestellt und vorbeugende Maßnahmen getroffen werden können. Die Datenbank wird alle Daten der in Italien ereigneten Verkehrsunfälle mit Kraftfahrzeugen, sowie alle Daten der beteiligten Zeugen und der Geschädigten, die sich auf die einzelnen Verkehrsunfälle beziehen, sammeln. Durch Überkreuzvergleich der Beteiligten soll versuchter Versicherungsbetrug festgestellt und verhindert werden.

Die Versicherer, die eine Entschädigungsforderung erhalten und/oder mit der Liquidation des Falles beauftragt werden, sind verpflichtet, online innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Forderung oder der Schadensanzeige die nötigen Daten mitzuteilen, und müssen diese bis zum Zeitpunkt der Auszahlung ständig aktualisieren. Die Daten bleiben in der Datenbank für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Abschluss des Entschädigungsverfahrens gespeichert.

Die Datenbank kann a) von den Versicherungsunternehmen, b) von der Consap (Konzessionsbehörde für die öffentliche Versicherungsdienstleistungen) und c) vom Uci (Italienische Zentrale Behörde für Kfz) und von anderen berechnete Personen eingesehen werden. Die Einsichtnahme ist nur zum Zwecke der Vorbeugung oder Feststellung von Betrugshandlungen zulässig (Art. 4, Abs. 1 der Verordnung). Sonstige Dritte können die Banken nur zu dem Zwecke, die das Gesetz hier für sie vorsehen wird, einsehen. Die Verfahren zur Einsichtnahme und die Art der einsehbaren Daten werden durch besondere Bestimmungen mit der Versicherungsaufsicht festgelegt werden. MB

## NEUES AUS EUROPA

### Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen- Neues im Zivilprozess

Am 05.07.2016 trat die Richtlinie EU 943/2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung in Kraft. Sie wird in der Umsetzung sowohl den deutschen wie auch den italienischen Zivilprozess tangieren. Gemäß Art. 9 der Richtlinie können in Zukunft Parteien, die einen Rechtsstreit führen, dessen Gegenstand ein Unternehmensgeheimnis ist, einen Antrag auf vertrauliche Behandlung stellen. Das Gericht kann dann den Gegenstand des Rechtsstreits als vertraulich einstufen und nur bestimmten Personen den Zugang zu dem betreffenden Dokument oder zur Teilnahme an der Verhandlung gestatten. Damit würde ein klassischer Nachteil des staatlichen Verfahrens gegenüber dem - nicht-öffentlichen - Schiedsverfahren entfallen.

Geschäftsgeheimnisse sind nach der Legaldefinition von Art. 2 Nr. 1 alle Informationen, die a) so geheim sind, dass „sie weder in ihrer Gesamtheit noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne weiteres zugänglich“ sind, b) von „kommerziellem Wert“, weil sie geheim sind und c) „Gegenstand von den Umständen entsprechenden angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen durch die Person, die die rechtmäßige Kontrolle über die Informationen besitzt“, sind. Durch die Umsetzung wird das deutsche Recht damit vermutlich eine Legaldefinition des Geschäftsgeheimnisses erhalten, die bislang fehlt.

Domiciliazioni e ricerca  
personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de

# TRASPORTO E DANNO

## Ancora sui costi minimi nell'autotrasporto: la CdG cambia idea? ... forse no, ma chiarisce

Nella Newsletter 38 avevamo già accennato al tema dei costi minimi nei trasporti, fornendo una sintesi su Germania, Austria ed Italia alla luce della decisione della CdG del 4.09.2014 sull'illegittimità delle tabelle emesse dall'Osservatorio Italiano dell'Autotrasporto, all'epoca ancora esistente.

A distanza di un paio di anni, la CdG propone con la sentenza del 21.06.2016 una diversa linea guida. In seguito alla richiesta avanzata dal Tribunale di Cagliari nell'ottobre del 2015, i giudici europei sono stati chiamati a verificare questa volta la legittimità delle tabelle del Ministero dei Trasporti ed in particolare se "l'articolo 101 TFUE, in combinato disposto con l'articolo 4, paragrafo 3, TUE, debba essere interpretato nel senso che osta a una normativa nazionale, quale quella prevista dal comma 10 dell'articolo 83 bis, del decreto legge n. 112/2008, nella parte in cui il prezzo dei servizi di autotrasporto delle merci per conto di terzi non può essere inferiore a costi minimi d'esercizio elaborati dal Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti e non venga demandato alla libera determinazione dei contraenti" e se "in considerazione della natura di autorità pubblica del Ministero delle Infrastrutture e dei Trasporti, le regole della concorrenza nel mercato interno possano essere ristrette dalla normativa nazionale al fine di perseguire l'obiettivo della tutela della sicurezza stradale".

La CdG ha stabilito ora che qualora sia il legislatore stesso a fissare i prezzi minimi per servizi di autotrasporto a tutela della sicurezza stradale e della legalità, non sussistono restrizioni alla libera concorrenza. Diverso era il caso in cui – come in precedenza – i valori dei costi minimi venissero stabiliti da un'associazione private di imprese, quale veniva considerato l'Osservatorio.

La decisione pare allora in linea con quanto stabilito alcuni anni fa nonché con la politica adottata in Germania ed Austria.

MB

## Trasporti e distacco transnazionale

Il Decreto Ministeriale dd. 10.08.2016 sul distacco transnazionale con il quale vengono ora definiti i criteri operativi e le regole imposte ai datori di lavoro che da uno Stato membro intendano inviare in Italia il proprio personale (anche dello stesso gruppo oppure presso un'altra unità produttiva o un altro destinatario) relativo alla comunicazione obbligatoria preventiva, tocca anche il ramo trasporti.

In attuazione dell'art. 10, comma 2, del D. Lgs. n.136/2016, di recepimento della direttiva 2014/67/UE, a sua volta di modifica del regolamento UE n.1024/2012, tale prescrizione trova applicazione anche nei confronti delle Agenzie di somministrazione, le quali dovranno compilare online il modello UNI\_Distacco\_UE sul sito del Ministero del lavoro, entro le 24 ore precedenti al periodo di distacco (che eventualmente potrà essere annullata entro 24 ore del giorno precedente al primo giorno di distacco).

Ogni successiva variazione deve essere comunicata entro cinque giorni dal verificarsi del nuovo evento.

Prima di procedere alla comunicazione preventiva al distacco, il prestatore estero del servizio dovrà registrarsi al portale del Ministero del Lavoro italiano completando i passaggi richiesti. Le credenziali così ottenute permetteranno al prestatore sia di inserire le proprie comunicazioni che di consultare la banca dati dei modelli di distacco UE di propria competenza. I dati comunicati saranno accessibili all'Ispettorato del Lavoro, all'INPS e all'INAIL.

Anche la Germania e la Francia si sono allenate a tale dovere, rispettivamente la prima con il § 18 dell'Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) e la seconda con Decreto Nr.2016-418 dd. 7.04.2016.

MB

## Italia: Nasce l'archivio informatico integrato degli incidenti, dei testimoni e dei danneggiati dell'lvass

L'istituto per la vigilanza sulle assicurazioni ha adottato il regolamento n. 23/2016 recante la disciplina della banca dati sinistri, della banca dati anagrafe testimoni e della banca dati anagrafe danneggiati (in breve Archivio informatico integrato), come previsto dall'art. 135 del d.lgs. n. 209/2005 sul CdA (pubbl. in GU n. 134 dd. 10.06.2016, con entrata in vigore l'11.06.2016).

Il regolamento ha rilevanza europea in quanto si applica alle imprese di assicurazione

a) italiane autorizzate all'esercizio nel territorio della Repubblica dell'attività assicurativa nel ramo dell'assicurazione obbligatoria della responsabilità civile derivante dalla circolazione dei veicoli a motore, anche qualora agiscano in veste di imprese designate per la liquidazione dei danni a carico del Fondo di garanzia per le vittime della strada

b) dell'Unione europea nonché a quelle aderenti allo Spazio economico europeo abilitate all'esercizio nel territorio italiano dell'attività assicurativa rc auto.

L'archivio, soprannominato anche "archivio integrato antifrode" o "Aia", viene visto quale strumento informatico che permetterà all'lvass di analizzare, elaborare e valutare tutte le informazioni ricevute allo scopo di individuare gli eventuali casi di frode sospetta e di stabilire un meccanismo di allerta preventiva. Le banche dati consentiranno di raccogliere i dati degli incidenti stradali riguardanti tutti i veicoli a motore immatricolati in Italia, nonché i dati dei testimoni e dei danneggiati riferiti ai medesimi sinistri e saranno incrociati al fine di agevolare la prevenzione e il contrasto di frodi assicurative.

Le compagnie assicurative che ricevono la richiesta di risarcimento e/o che gestiscono la procedura di liquidazione, hanno l'obbligo di comunicare, in via telematica ed entro sette giorni dalla richiesta di risarcimento o della denuncia, i dati necessari dal momento "del pervenimento della richiesta di risarcimento o della denuncia e fino alla definizione del sinistro". I dati rimarranno registrati nelle banche dati per 5 anni dalla data di definizione di ogni sinistro.

Il diritto di consultazione di tale banca dati è limitato a a) le compagnie assicurative, b) la Consap, c) l'Uci e gli altri aventi diritto. La consultazione è ammessa al solo scopo di prevenzione o contrasto di frodi (art. 4, comma 1 del Regolamento). I soggetti terzi, invece, potranno consultare le banche dati solo per le finalità previste dalla legge che li ammette alla consultazione. Le modalità di accesso e la tipologia dei dati consultabili saranno stabilite tramite specifiche convenzioni con l'lvass.

MB

## ULTIME DALL'EUROPA

### Direttiva (UE) 2016/943 sulla protezione del know-how e delle informazioni commerciali riservate

Il 05.07.2016 è entrata in vigore la Direttiva (UE) 2016/943 del Parlamento europeo e del Consiglio, dell'8 giugno 2016, sulla protezione del know-how riservato e delle informazioni commerciali riservate (segreti commerciali) contro l'acquisizione, l'utilizzo e la divulgazione illeciti (Testo rilevante ai fini del SEE). La normativa toccherà sia il diritto processuale tedesco che quello italiano, dato che ai sensi dell'art. 9 in futuro le parti coinvolte in un processo avente ad oggetto un segreto commerciale potranno richiedere ed ottenere la riservatezza di tali informazioni. Il Tribunale potrà poi concedere la riservatezza e ordinare l'accesso a tali informazioni ovvero alla relativa udienza di discussione solo a determinate persone. In questo modo viene meno un classico svantaggio del processo ordinario rispetto al rito arbitrale, non pubblico.

Ai sensi dell'art. 2 n. 1 della direttiva, si intende per "segreti commerciali" informazioni che soddisfano tutti i seguenti requisiti: a) sono segrete nel senso che non sono, nel loro insieme o nella precisa configurazione e combinazione dei loro elementi, generalmente note o facilmente accessibili a persone che normalmente si occupano del tipo di informazioni in questione; b) hanno valore commerciale in quanto segrete; c) sono state sottoposte a misure ragionevoli, secondo le circostanze, da parte della persona a cui legittimo controllo sono soggette, a mantenerle segrete.

Con l'attuazione della direttiva il diritto tedesco acquisirà una definizione legale del "segreto commerciale" che attualmente non esiste.

### Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de

## PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienverkauf von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Ständesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p.162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S.77 28. Ramon: Bemessung des nahehelichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchswerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufsrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerpflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank / Wachter (Hrsg.) 2., neu bearbeitete Auflage, C.F. Müller, 2015,

## DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI  
Partnerschaftsgesellschaft mbB

[www.dolcelauda.com](http://www.dolcelauda.com)

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main  
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano  
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13  
email: [dl.mi@libero.it](mailto:dl.mi@libero.it)

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena  
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41  
email: [dl.modena@iol.it](mailto:dl.modena@iol.it)

Urbanstraße 28 · D-70182 Stuttgart  
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193  
email: [stuttgart@dolce.de](mailto:stuttgart@dolce.de)

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München  
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

## NEUESTE PUBLIKATION

### ULTIMA PUBBLICAZIONE

#### Leitfaden zum Italienischen Arbeitsrecht

Arbeitsrecht in Italien von Rodolfo Dolce und Doriana De Luca (Erschienen bei SpringerGabler ISBN 978-3-658-12631-5)

Es handelt sich dabei um den ersten deutschen Praxisleitfaden zum reformierten italienischen Arbeitsrecht mit den aktuellen Bestimmungen: von der Personalsuche über die Einstellung bis zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses bietet das Werk einen relevanten und praktischen Überblick, insbesondere für ausländische Unternehmer, die in Italien Personal beschäftigen bzw. dies beabsichtigen.

#### Linee direttive nel diritto del lavoro italiano

"Arbeitsrecht in Italien", Diritto del lavoro in Italia, di Rodolfo Dolce e Doriana De Luca (pubblicato da SpringerGabler ISBN 978-3-658-12631-5), così il titolo del primo manuale pratico pubblicato dopo le grandi riforme nel diritto del lavoro in Italia. Il manuale cita e commenta le novità in tema di ricerca personale, assunzioni sino alla cessazione del rapporto di lavoro, fornendo soprattutto alle aziende straniere che occupano personale in Italia un quadro d'insieme pratico.

Die Verfasser stehen Ihnen gerne für weitere Hinweise zur Verfügung.  
Gli autori sono a Vostra disposizione per ulteriori informazioni.

ac	-	André Castelli	sd	-	Stefan Dangel
rd	-	Rodolfo Dolce	dd	-	Doriana de Luca
gg	-	Giovanni Gelardi	ch	-	Christian Hermann
cm	-	Carlo Malossi	mc	-	Martin Cordella
tl	-	Thanh Lan Nguyen	vr	-	Viviana Ramon
mb	-	Marilena Bacci	ab	-	Angela Bonacina